

## „DEUTSCHLAND, DEUTSCHLAND ÜBER ALLES“

### *Persönliche Bemerkung zur Nationalhymne*

*Vorbemerkung. Es ist ein schwieriges und undankbares Unterfangen, sich zu der nun förmell entschiedenen Frage der deutschen Nationalhymne zu äußern. Bei manchen wird man damit äußerstes Mißfallen erregen, von vielen wird man nicht verstanden werden. Gewisse Gefühlsmomente mögen für das Deutschlandlied sprechen; stärkere, gewichtigere, viel tiefer im Sittlichen fundierte Gefühlsmomente sprechen, ja schreien dagegen. Diese Gefühlsmomente aber sind in den folgenden Betrachtungen weniger wichtig, so sehr sie vom Gefühl diktiert scheinen. Mir geht es in diesem Zusammenhang vielmehr um den objektiven Haupteinwand gegen unsere neue alte Nationalhymne: daß die Entscheidung zugunsten des Deutschlandliedes unserem Volk die Illusion einer Kontinuität der deutschen Geschichte vorspiegelt, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Was aber heißt Kontinuität oder Nichtkontinuität der Geschichte? Mit abstrakten Auseinandersetzungen ist gerade in diesem Falle nicht viel geholfen. Eine persönliche Bemerkung vermag vielleicht am besten die echte innere Not zu illustrieren, in der sich viele Deutsche angesichts der Entscheidung des Bundespräsidenten befinden.*

In den Jahren der Weimarer Republik, als ich noch mit mittlerem Fleiß die Schulbank der Oberstufe eines Gymnasiums drückte, kam es gelegentlich vor, daß ich zwar heimlich, aber durchaus bewußt den Programmschluß im Rundfunk abwartete, um die Nationalhymne, das klingende Symbol dieser Republik, zu hören. Die feierliche Gehobenheit, in die mich die Melodie des Deutschlandliedes jedesmal versetzte, hatte freilich nichts mit billigem Hurra-Patriotismus zu tun. Im Geiste dachte ich die Weise unauflöslich mit Schwarz-Rot-Gold zusammen, jener unendlich sauberen und anständigen Flagge, mit der wir die Sünden unserer Vergangenheit immer dann zuzudecken pflegen, wenn sie kraß genug geworden sind, um uns selber weh zu tun. Ebenso intensiv gedachte ich des Mannes, der das Deutschlandlied zur Nationalhymne bestimmt hatte, und der gerade durch den bössartigen Haß der Hurra-Patrioten in ein vorzeitiges Grab gesunken war, an den Sohn des Volkes aus Heidelberg, der am 11. Februar 1919 unmittelbar nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten die schlichten, aber gerade darum mutigen und denkwürdigen Sätze sprach: „Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei, ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft, noch meine Überzeugung zu verleugnen gesonnen bin . . . Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum äußersten . . . Daß die Freiheit nicht Bettelfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei das Ziel, dem wir zustreben.“

Genau ein halbes Jahr später, am 11. August 1919, proklamierte *Friedrich Ebert* vom Balkon des Nationaltheaters in Weimar die neue Verfassung, in deren Präambel es hieß; „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Nun, in jenen Krisenjahren, von denen ich einleitend sprach, hatte es sich bereits herausgestellt, daß große Teile unseres Volkes mit der von ihm ausgehenden Staatsgewalt etwa soviel anzufangen wußten wie ein Kind, das ahnungslos und mutwillig mit Feuer spielt. Aber noch war sie immerhin vorhanden, diese Weimarer Republik, und mit ihr die Fülle geistiger und sittlicher Möglichkeiten, wie sie gestern, heute und immerdar nur die Freiheit gewährt. Um die Freiheit lohnte es sich für die Ältesten wie für die Jüngsten zu kämpfen,

und das von Friedrich Ebert eingeführte Deutschlandlied war ihr Symbol. Daher kam es, daß sich einer der damals Jüngsten immer wieder mit den Klängen der Hymne und ihrem großen Sinn erfüllte.

Bald aber brach mit dem 30. Januar 1933 das finstere Verhängnis unserer Geschichte über uns herein. Wenige Wochen später wurde Schwarz-Rot-Gold, die Flagge der Freiheit und Menschenwürde, durch das Hakenkreuz ersetzt. Das andere mit Schwarz-Rot-Gold ursprünglich, zusammenhängende nationale Symbol ließ der Nationalsozialismus jedoch bestehen. Nicht aus Pietät gegenüber *Hoffmann von Fallersleben*, dessen liberale Ideale die neuen Machthaber haßten wie die Sünde, noch weniger aus Pietät gegenüber Friedrich Ebert, der ihnen ja als „Novembervbrecher“ galt. Die raffinierten Meister der Volksverdummung hatten vielmehr herausgefunden, daß man mit dem Bekenntnis „Deutschland, Deutschland über alles“ offenbar zwei ganz verschiedene Dinge meinen konnte. Um diese Tendenz noch zu unterstreichen, ließ man das Deutschlandlied nicht allein, sondern gab ihm einen Gefährten, einen inhaltsleeren und geschmacklosen politischen Gassenhauer, genannt Horst-Wessel-Lied.

Als ich in dem inzwischen gleichgeschalteten Rundfunk die beiden „Hymnen“ zum erstenmal zusammen hörte, packte mich ein mitleidiges Entsetzen, und ich war versucht, mit Goethe auszurufen: „Es tut mir weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh.“ Wer aber, der sich noch ehrlichen Herzens auf Einzelheiten, unserer jüngsten und schimpflichsten Vergangenheit besinnt, könnte leugnen, daß sich jene zunächst so monströs und widernatürlich wirkende Gemeinschaft zwischen Deutschland- und Horst-Wessel-Lied schon bald aufeinander einspielte? Überall traten sie eng verschwistert in Erscheinung, auf den Mammutkundgebungen, unter den Heilrufen verhetzter Volksmassen, auf den Nürnberger Parteitag, bei all den zahllosen festlichen Gelegenheiten, die das Dritte Reich so — im wörtlichsten Sinne — blendend zu arrangieren wußte. Aber es gab auch weniger „blendende“ Anlässe: Vielleicht erinnert sich an diese noch so mancher frühere Angehörige von KZ-Lagerkapellen, die gezwungen wurden, das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied mehr als einmal in freundlich-beschwingten Rhythmen als Begleitmusik zu Folterungen, Auspeitschungen und Massenhinrichtungen zu intonieren. Bestimmt haben es die Franzosen noch nicht vergessen, daß die Klänge beider Lieder im Sommer 1940, von einer SS-Kapelle angestimmt, über den Place de la Concorde hinweggellten.

Mit dieser Entwicklung verflüchtigte sich aber auch restlos das anfängliche Mitleid mit der Hymne der Weimarer Republik. Das unbarmherzige und vereinfachende Gesetz des Totalitarismus zwang auch seine kompromißlosen Gegner zu jener fanatischen Härte, ohne die sich im Dritten Reich ein unabhängiges Selbst schlechterdings nicht behaupten konnte, und veranlaßte sie, veraltete sentimentale Komplexe radikal und endgültig zu begraben. Das galt auch und gerade für das Deutschlandlied. Seine maßlose Kompromittierung durch ein Regime der Unmenschlichkeit riß es unwiderruflich von seinem Ursprung los. Es hatte keinen inneren Zusammenhang mehr mit der edlen Melodie eines großen deutschen Komponisten, aber auch keinen Zusammenhang mehr mit dem Sinn, den der tüchtige Librettist vormärzlichen Freiheitswillens — denn sehr viel mehr, nehmt alles nur in allem, war der gute Hoffmann von Fallersleben wirklich nicht — seinem auf Helgoland entstandenen Text unterlegte. Wenn wir die Dinge einmal mit der Nüchternheit betrachten; die uns so bitter nöttäte und die leider nur so selten anzutreffen ist; unter den Klängen des Deutschlandliedes haben wir nicht die Freiheit gefunden, die sich ein Hoffmann im Jahre 1841 erträumte, und an die ein Ebert zwei Menschenalter später wieder anknüpfen wollte, sondern unter den Klängen des Deutschlandliedes sind wir in Unfreiheit, Schmach

und Verderben geraten. Wenn eine Melodie erst einmal zu brutalem Lärm entartet ist, kann sie für ein feines und empfindliches Gehör niemals wieder Melodie werden.

Als Deutschland nach der Agonie eines ebenso entsetzlichen wie verdienten Zusammenbruchs erneut zu einem Staate heranreife, gab es eigentlich nur zwei Möglichkeiten, das Problem seiner künftigen Nationalhymne in einem moralisch wie geschichtlich befriedigenden Sinne zu lösen: entweder einen neuen Anfang zu machen oder an eine unbefleckte Tradition wieder anzuknüpfen. Die erste — die mutigste und ehrlichste — Lösung versuchte der Bundespräsident in seiner Silvesteransprache 1950/51 dem deutschen Volk plausibel zu machen. Da es sich ja in diesem Beitrag vorwiegend um eine persönliche Bemerkung handelt, will ich offen gestehen, daß mich und meine Freunde in jener Nacht unwillkürlich ein Abglanz des politisch-menschlichen Hochgefühls überkam, das ich eingangs zu schildern versuchte. Mit dem teilweise ziemlich schwülstigen Text vermochten wir nicht viel anzufangen, um so besser gefiel uns die Melodie Hermann *Reutters*. Freilich, es war eine moderne Schöpfung. Aber hätten wir nicht allen Anlaß gehabt, uns wörtlich und symbolisch das Leben ganz bewußt ein wenig schwer zu machen, und uns daher auch als Deutsche allmählich mit einer Weise zu befreunden, mit der nicht jeder Hinz und Kunz schon nach dem ersten Hören so vertraut ist wie mit dem Inhalt seiner Westentasche?

Daß die politischen Repräsentanten unseres Volkes buchstäblich auch nicht den Finger krumm machten, um die würdige, unserem Schicksal angemessene, aus echter Verantwortung geborene Konzeption des Bundespräsidenten in die breiten Massen zu tragen, ist wahrlich kein Ruhmesblatt für sie. Natürlich war es viel bequemer, von vornherein mit Achselzucken zu erklären, die von dem Staatsoberhaupt empfohlene Weise werde niemals populär werden. Ein entschlossener und konsequenter Versuch dazu ist niemals unternommen worden. Aber es blieb noch die zweite Möglichkeit des Zurückgreifens auf eine unbefleckte Tradition. Man hätte zum Beispiel an *Schenkendorfs* „Freiheit, die ich meine“ denken können. Vielleicht aber wäre die stille, fast transparent anmutende Inbrunst dieses wundervollen Liedes als Nationalhymne nicht recht zum Tragen gekommen. Gut, dann gab es ein weiteres, sehr ehrwürdiges Lied mit einer ebenso feierlichen wie schlichten Melodie, dem einer unserer größten Komponisten, *Johannes Brahms*, in dem an sich heiteren Gelegenheitswerk der „Akademischen Festouvertüre“ einen hymnisch getragenen Satz verliehen hat: „Wir hatten gebauet ein stattliches Haus“, dem Volk lebendiger und vertrauter durch den Text „Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand“. Schließlich blieb als durchaus diskutierbarer Ausweg noch ein Lied, das in dem Augenblick aus der Taufe gehoben wurde, als die Sozialistische Arbeiterjugend im Sommer 1920 vor dem Goethe-Schiller-Denkmal in Weimar ihr Bündnis mit dem Geiste des deutschen Idealismus besiegelte, und das sich später ohne Unterschied der Parteigrenzen die Herzen der jungen Generation schlechthin eroberte: „Wann wir schreiten Seit an Seit“. Wie wohl hätte es uns angestanden, unter uns und im Konzert der Völker, eine Nationalhymne anzustimmen, in deren Refrain es immer wieder heißt: „Mit uns zieht die neue Zeit!“

Aber nein, die neue Zeit ist noch sehr fern von uns, und diese erschütternde Erkenntnis konnte nicht eindeutiger bekräftigt werden als durch den aus bitterer Resignation geborenen Entschluß des Bundespräsidenten, wiederum das Deutschlandlied als Nationalhymne einzuführen. Man kann *Theodor Heuss* persönlich seine Entscheidung nicht zum Vorwurf machen. Statt ihn in seinem tapferen Bestreben zu unterstützen, sind alle staaterhaltenden Parteien rechts von der Sozialdemokratie den Weg des geringsten Widerstands gegangen, den man

in Deutschland heute gehen kann: nämlich, noch weiter nach rechts. Sie bedrängten den Bundespräsidenten seit Jahr und Tag, er möge seine Zustimmung zum Deutschlandlied geben, ja sie versuchten, eine förmliche Volksbewegung für das so tausend- und abertausendfach kompromittierte Werk zu entfesseln. Damit ist zwar ein taktisches Ziel erreicht worden, aber kaum eine befriedigende, saubere und befreiende Lösung. Die ungenannten Sieger dieses Tauziehens, die extremen Rechtsgruppen, haben allen Grund, sich ins Fäustchen zu lachen: sie werden eine demokratische Bundesrepublik — entsprechend dem Gesetz, nach dem sie angetreten — auch dann nicht genießbar finden, wenn' sie ihnen Konzessionen macht. Die weit schlimmere und bedenklichere Wirkung ist aber, daß der unpolitische deutsche Michel endlich wieder seine Ruhe hat: Nichts anderes wird ihn so sehr wie das Deutschlandlied in seiner Überzeugung bekräftigen, die Geschichte der letzten 20 Jahre sei eigentlich nichts anderes gewesen als ein blöder, ungeschickter und niederträchtiger Zufall, an dem keiner, aber auch keiner von uns nur den geringsten Anteil habe!

All die eifrigen Verteidiger des Deutschlandliedes, die so häufig darauf hinweisen, wie wertvoll und gut gemeint der Text unserer Nationalhymne sei, und wie sehr wir doch gerade jetzt „Einigkeit und Recht und Freiheit“ zu unserem Glück gebrauchten, zielen mit ihren Argumenten am Wesentlichen vorbei. Die Symbolkraft einer Nationalhymne hat nichts mit ästhetisierender Textkritik zu tun, sondern sie spiegelt, wenn nur echt und angepaßt und wirklich traditionsgebunden, den geschichtlichen Rhythmus eines Volkes. Analysiert man den Text der englischen Hymne, in der von dem „siegreichen, glücklichen und ruhmvollen König“ die Rede ist, auf ihren literarischen Wert, so bleibt nicht viel übrig. Wer aber die großartige und würdevolle Melodie auf sich wirken läßt, steht plötzlich einem Volke gegenüber, das seit vielen Jahrhunderten keinen seiner Bürger mehr aus Gesinnungsgründen ins Exil gejagt hat. Die Verse *Rouget de l'Isles* sind blutrünstig genug, und doch klopft in der unvergleichlichen Marseillaise für alle Zeiten der Puls ungestümen und mitreißenden menschlichen Freiheitswillens. Was aber bleibt in dieser Perspektive vom Deutschlandlied anderes übrig als eine reichlich gespenstische Erinnerung an Haydn und Hoffmann, die längst von einer grauenvollen Wirklichkeit überlagert worden ist? Auch hier hilft letztlich nichts anderes als der Glaube an Europa und damit die Hoffnung, daß sich dieses Europa eines Tages eine eigene Hymne schaffen möge, die wirklich und Gott sei Dank neu sein muß, und die zukunftsfruchtig genug ist, daß sich im Vergleich zu ihr alle ehemaligen „Nationalhymnen“ nur noch ausnehmen wie pittoreske klangliche Arabesken.

GOTTFRIED KELLER

*Es würde vieles erträglicher werden, wenn man weniger selbstzufrieden wäre und die Vaterlandsliebe nicht immer mit der Selbstbewunderung verwechselte.*

329

Otto Stammer

## GESELLSCHAFTSSTRUKTUR UND POLITISCHE DYNAMIK DER SOWJETZONE

Zum Verständnis dessen, was sich seit 1945 zunächst zögernd, seit 1947 aber in beschleunigtem Tempo in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gesellschaftspolitisch abgespielt hat, bedarf es eines genauen Studiums der Prozesse der Gesellschaftsumstrukturierung und der politischen Dynamik der Sowjetunion. Die Gruppe der sowjetischen Machthaber und ihrer deutschen politischen Zöglinge in der SBZ ist seit den ersten Tagen der Besatzungspolitik von der Vorstellung ausgegangen, daß es trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen beider Länder für die Zone und für ein sowjetisch

geeintes Deutschland nur ein verbindliches Modell der Gesellschaftsordnung gibt, das der Sowjetunion.

Der anfänglich propagierte „deutsche Weg zum Sozialismus“ erwies sich als ein recht zweifelhaftes Mittel, die Zwangseinigung der Arbeiterparteien ideologisch zu fördern. Er wurde für die Gruppe der Machthaber zu einer gefährlichen „ideologischen Verirrung“, als nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz im Jahre 1947 und nach der Verkündung des Marshallplanes die Staats- und gesellschaftspolitische Abtrennung der Zone vom westlichen Deutschland in das außenpolitische Konzept des Politbüros aufgenommen wurde.

Seither gibt es für die Staatspartei der Zone nur einen richtigen Weg zur Sowjetgesellschaft, den Weg, den die KPdSU in der Sowjetunion beschriften hat. Das Elaborat der „Geschichte der KPdSU (B)“ hat im System der neuen Herrschaft die Bedeutung einer politischen und sozialen Bibel. Soweit Abweichungen vom politischen Wege der russischen KP, Abweichungen im Aufbau der Herrschaft und im Gefüge der Gesellschaft der Zone erforderlich sind, werden sie von der Propaganda als Etappen in der Linie der allmählichen Angleichung an die Sowjetgesellschaft gebührend herausgestellt.

Der Typus der entwickelten Sowjetgesellschaft ist von *Boris Meißner* in dieser Zeitschrift bereits eingehend beschrieben worden.<sup>1)</sup> Wenn auch die im System der sowjetischen Herrschaft begründete Dynamik der gesellschaftspolitischen Entwicklung einen statischen Endzustand der Sowjetgesellschaft keineswegs sichtbar werden läßt, so ist doch die hierarchische Struktur des derzeitigen Systems der SU leicht zu erkennen. Als Herrschaftssystem stellt die SU eine autokratische Diktatur totalitärer Führungseliten dar. In bezug auf Funktionsweise und Klassenstruktur der Gesellschaft — das hat Meißner in seinen Studien bereits sehr gut dargestellt — kann man die entwickelte Sowjetgesellschaft als eine zentralistisch plangestaltete Klassengesellschaft bezeichnen. Die neue Klassenstrukturierung ergibt sich dabei aus der Vorrangstellung sowohl der politischen wie der Produktionshierarchie. Die Gesellschaft wird politisch durch „Planökonomie“ von der Seite der Produktion her fortlaufend umgestaltet und die Fünfjahrpläne haben dabei zugleich die Funktion von Plänen der Umstrukturierung der Gesellschaft.

Boris Meißner hat im einzelnen bereits auf die Struktur und die Stellung der neuen Klassen im gesellschaftlichen System der SU hingewiesen, auf jene auch in der politischen Ideologie des Herrschaftssystems immer wieder hervorgehobene fundamentale Kombination „Arbeiterklasse — Kolchosbauern — neue

1) Boris Meißner „Die neue sowjetische Klassengesellschaft“ GM 6/1951; vgl. audl Meißner „Rußland im Umbruch - Der Wandel in der Herrschaftsordnung und sozialen Struktur ‚des Sowjetsystems‘“ Frankfurt am Main 1952.

Intelligenz“. Die Eliten der Arbeiteraristokratie und der neuen, durch ihre Funktion im Herrschaftssystem bestimmten Intelligenz, die verschiedenen Kader mit politischen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Aufgaben, bilden den oberen Teil und die Spitze der Pyramide der derzeitigen Sowjetgesellschaft.

#### *Zonengesellschaft nicht identisch mit Sowjetgesellschaft*

Dieses Modell der entwickelten Sowjetgesellschaft vermittelt ohne Zweifel den Gruppen der Machthaber in der SBZ die Maßstäbe für ihre gesellschaftspolitischen Aktionen. Da in der westlichen Welt aber immer wieder der Fehler begangen wird, die Gesellschaft der SBZ mit der Gesellschaft der SU gleichzusetzen, muß eindringlich darauf hingewiesen werden, daß die Zonengesellschaft sich von der Sowjetgesellschaft trotz der gleichen gesellschaftspolitischen Absichten der hier und dort herrschenden Gruppen in einigen Zügen unterscheidet. Das ist im einzelnen auf die besondere Situation der SBZ zurückzuführen und auf die Rolle, welche dieser Vorpostengesellschaft im politischen Glacis der SU seitens der Moskauer Machthaber seit 1945 zudedacht ist.

Die politische Dynamik des Umbaus der Zonengesellschaft setzt nach einem Stadium vorbereitender Machtkonzentration in den Jahren 1947/48 zugleich mit der Herausbildung des Herrschaftssystems der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ ein. Da ein Umbau der Gesellschaft nach sowjetischem Muster die Alleinherrschaft einer oligarchisch strukturierten Staatspartei und die Herausbildung einer neuen Planungsbürokratie verlangt, bedeutete die Umwandlung der SED von der proletarischen Massenpartei zur zentralistischen Kaderpartei (abgeschlossen mit dem 3. Parteitag 1950) den Auftakt zu den gesellschaftspolitischen Maßnahmen im Zuge der Verwirklichung der neuen Mehrjahrespläne..

Die SED mit den gesellschaftlichen Anhangsgebilden ihrer Massenorganisationen spielt als organisatorischer und politischer Kern des Herrschaftssystems in der „DDR“ bei der Umstrukturierung der Zonengesellschaft eine entscheidende Rolle. Durch ihre auch die „Planökonomie“ und die staatlichen Entscheidungen bestimmende „Kaderpolitik“ versucht sie den Prozeß der Politisierung der Zonengesellschaft voranzutreiben und die Restbestände der alten bürgerlichen Gesellschaft einzuschmelzen.

Der Umbau der Gesellschaft in der SBZ ist ein heute noch keineswegs abgeschlossener Prozeß. Die Umriss einer neuen gesellschaftlichen Schichtung und Gruppenordnung sind zwar bereits erkennbar, die politische Dynamik entspricht aber einer von Moskau aus in jedem Stadium der Entwicklung erneut festgelegten gesellschaftspolitischen „Linie“. Diese „Linie“ wird zweifellos entscheidend bestimmt durch die Bedürfnisse des neuen Herrschaftssystems auf eine soziale Anreicherung derjenigen Schichten, welche den Kitt der Herrschaft abgeben sollen, der Kader aus den Reihen der Arbeiterklasse, der administrativen Bürokratien und der funktionalisierten Intelligenz im besonderen. Sie richtet sich aber ebenso stark nach den Erfordernissen der imperialen sowjetischen Außenpolitik, welche zur Zeit eine volle Angleichung der Zone an den politischen und gesellschaftlichen Status der „Volksdemokratien“ nicht ratsam erscheinen lassen.

Es ließe sich unschwer nachweisen, inwieweit die Tendenzen der Gesellschaftsumgestaltung in der SBZ den Maßnahmen bestimmter Entwicklungsstadien der Sowjetgesellschaft entsprechen. Die besonderen Schwierigkeiten beim Plan- und Aufbau der Zonenwirtschaft, die sich aus der Abtrennung des mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes vom Wirtschaftsraum der Bundesrepublik ergeben,<sup>2)</sup> lassen aber deutlich erkennen, welche Hindernisse sich der Errichtung einer totalen Plangesellschaft in der SBZ entgegenstellen.

2) Siehe dazu: Bruno Gleitze „Stand der Entwicklung im mitteleuropäischen Wirtschaftsraum“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1952, I.

Mit dem Fünfjahrplan ist der Umbau der Zonengesellschaft zweifellos in vollem Gange. Es kann aber nicht behauptet werden, daß in der SBZ die alte bürgerliche Gesellschaft bereits, wie in den „Volksdemokratien“, „liquidiert“ worden ist. Im Unterschied zur Sowjetgesellschaft existiert in der Zone das Bürgertum als Gesellschaftsklasse immer noch, wenn auch an Zahl vermindert, in seiner Struktur verändert und an gesellschaftlicher Bedeutung sehr eingeschränkt. Der durch die zentrale Wirtschaftsplanung zwar stark eingeengte, aber im Wirtschaftsaufbau noch keineswegs entbehrliche Sektor der Privatindustrie, des Handwerks und der zivilen bürgerlichen Berufe steht allerdings unter dominierendem Einfluß der Staatsindustrien und der Planungsbürokratie. Er unterliegt, wie *Bruno Gleitze* feststellt, einer „funktionalen Kollektivierung“.<sup>3)</sup>

Es soll also nicht verkannt werden, daß die in ihrer gesellschaftspolitischen Auswirkung auch in der SBZ sehr weitreichende „Planökonomie“ sich auf diese Restschichten der bürgerlichen Gesellschaft umformend und zerstörend auswirkt. Das zeigt sich vor allem darin, daß die großbürgerlichen Positionen in Finanz, Handel und Industrie wie in der SU durch die Enteignungen restlos zerstört worden sind, und daß selbst die freien akademischen Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller) zusehends in das kollektive Gesellschaftsschema einbezogen, werden. Immerhin gibt es in der Zonengesellschaft noch den Typus des bürgerlichen Menschen, der die sozialen Standards der bürgerlichen Gesellschaft für seine beengten Lebenskreise aufrechtzuerhalten versucht.

Auf dem Lande wirken Anbau- und Abgabewang, Selbsthilfe- und MAS-Kollektivismus ohne Zweifel gesellschaftsumformend. Gleichwohl steht die bäuerliche Bevölkerung der Zone damit noch nicht auf der Stufe der sowjetischen Kolchosbauern. Auch hier hat es das neue Regime, allen Erwartungen über die Auswirkungen der „Bodenreform“ zuwider, mit einem bäuerlichen Selbstständigkeitsdrang zu tun, der immer wieder deutlich zutage tritt.

*Vom Wrackstück der Nazigesellschaft zur plangesteuerten sowjetischen Vorpostengesellschaft*

Man darf bei der Untersuchung der Umstrukturierung der Zonengesellschaft niemals aus dem Auge lassen, daß alle gesellschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Machthaber seit 1945 auf ein lebensunfähiges Wrackstück der unter der politischen Herrschaft des Nationalsozialismus bereits in ihrer Struktur veränderten deutschen Gesellschaft gerichtet waren. Die nationalsozialistischen Bestrebungen einer Soldatisierung der deutschen Gesellschaft hatten, verstärkt durch die Pläne der Wehrwirtschaft, gerade in den Gebieten Mitteldeutschlands durch Binnenwanderungen, durch die Zusammenballung von nichtansässigen Arbeiterschichten und durch die Herausbildung neuer Bürokratien große Umschichtungen in der Wirtschaft und im Sozialgefüge zur Folge.

Die Restbestände der auf Expansion ausgerichteten nationalsozialistischen Gesellschaft bilden auch nach dem Zusammenbruch im Rahmen der SBZ den Untergrund, auf dem sich der Neubau der Zonengesellschaft erhebt. So sind die großen SAG-Betriebe der SBZ fast durchweg im alten nationalsozialistischen Wehrwirtschaftssystem entwickelte Anlagen. Die Fremdarbeiterheere ihrer alten Belegschaften werden nach dem Zusammenbruch ersetzt durch ehemalige Kriegsgefangene, durch Heimat vertriebene und durch Deklassierte, die heute, ineinander geschmolzen, als Massenbelegschaften der großen politischen Schlüsselbetriebe die proletarischen Stützen des Systems abgeben sollen.

Welche Bewegungen innerhalb der Gesellschaft der SBZ sich dadurch schon in den ersten Jahren nach 1945 ergaben, das lehrt ein Blick auf die Bevölkerungsbilanz

<sup>3)</sup> Bruno Gleitze „Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschafts-rechtlichen Tendenzen“ Bonn 1951, S. 7.

dieses Gebietes.<sup>4)</sup> Die Volkszahl der Zone ist von 1939 bis 1946 um 14,2 vH., von 15,16 Millionen auf 17,31 Millionen Menschen gestiegen. Durch die Rückkehr von etwa 1/2 Million deutscher Kriegsgefangener ist die Bevölkerungszahl bis Anfang 1949 auf 18 Millionen gewachsen.

Die Bevölkerung der SBZ weist gegenüber 1939 einen beträchtlichen Männerverlust auf. Er wird bereits für 1946 auf 1/5 des Männerbestandes von 1939 geschätzt. Die starke Feminisierung der Zonengesellschaft drückt sich vor allem in dem steigenden Frauenanteil der Berufstätigen aus, der schon 1946 57,4 vH. ausmachte.

Die Klassenstruktur der SBZ war im ersten Stadium der Sowjetisierung derjenigen in den damaligen westlichen Zonen noch sehr ähnlich. Die Gruppe der Arbeiter (als Hauptgruppe der Erwerbspersonen der Statistik) war von 1939 bis 1946 von 4,3 Millionen auf 4,4 Millionen zahlenmäßig gestiegen, relativ zur erwerbstätigen Gesamtbevölkerung aber von 56,8 vH. auf 54,2 vH. gefallen. Der Gruppe der Angestellten und Beamten mit 17,5 vH. der Erwerbspersonen (1,4 Millionen) standen laut Volkszählung 1946 28,3 vH. der Erwerbspersonen als Selbständige und mithelfende Familienangehörige gegenüber.

Zu Beginn der sowjetischen Besatzungszeit war also die Zone ein Gebiet mit überwiegender Arbeiterbevölkerung, mit Arbeiter- und Angestelltengruppen, welche trotz der sozialen Veränderungen in der Nazizeit und der Einbußen durch Krieg und Binnenwanderung ein vorbildliches soziales und Bildungsniveau besaßen. Die industrielle Struktur dieser Gebiete mit ihren besonders wirtschaftsempfindlichen Fertig- und Spezialindustrien, mit ihrem gut entwickelten Handwerk, hatte breite Gruppen intelligenter Facharbeiter und Angestellte, wagemutiger und anpassungsfähiger mittlerer und kleinerer Unternehmer herausgebildet, welche im Neuaufbau der Wirtschaft ihre gesellschaftliche Position zu erhalten bzw. zurückzugewinnen hofften. Man darf nicht vergessen, daß dieser mitteldeutsche Raum das Ursprungsgebiet der deutschen Arbeiterbewegung darstellt.

Bruno Gleitze hat versucht, den Grund dafür ausfindig zu machen, weshalb die sowjetische Besatzungsmacht anfangs nur zögernd bei der wirtschaftlichen und sozialen Organisation des Gebietes der SBZ vorgegangen ist.<sup>5)</sup> Er kommt zu dem Schluß, daß bei einer frühzeitigen planwirtschaftlichen Eingliederung der Sowjetzone in den Ostblock die sowjetrussische Planung durch die Versorgungsschwierigkeiten der Zone hätte gestört werden können. Mit der Durchführung des 1946 in Sachsen gestarteten „Volksentscheids zur Enteignung der Kriegsverbrecher“ und der nachfolgenden Enteignungsverordnungen in den Jahren 1947/48 und mit der Verkündung des Zweijahrplanes im Jahre 1948 schließt aber die erste Periode des Vortastens an die neuen Planungsaufgaben in der Zone ab. Durch die allmähliche Isolierung der Zonenwirtschaft von ihren Verbindungen mit dem deutschen Westen erfolgt dann auch die Anpassung der allein nicht existenzfähigen Zonengesellschaft an den gesellschaftlichen Raum der „Volksdemokratie“.

#### *Die Klassenstruktur der Zonengesellschaft*

Da die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung von 1950 in der SBZ nicht publiziert werden, ist es unter Zuhilfenahme der Ergebnisse früherer Volkszählungen nur auf indirektem Wege möglich, sich ein Bild über die Klassenstruktur der Gesellschaft und über die Schichtung der Zonenbevölkerung zu machen.

Schon eingangs wurde festgestellt, daß in den Gruppen des Mittel- und Kleinbürgertums, der mittleren und der Kleinbauern noch Restbestände der alten bürgerlichen Gesellschaft bisher die gesellschaftliche Planaktivität überlebt haben. Immer-

4) Die nachfolgenden Angaben sind entnommen dem Heft »Die Bevölkerungsbilanz der sowjetischen Besatzungszone 1939-1949«, ans der Reihe „Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland“. 5) Bruno Gleitze a. a. O. Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone . . . S. 6 ff.



hin ist der Prozeß der Vernichtung selbständiger Existenzen in der Zone seit 1946 nicht zur Ruhe gekommen. Die Zahl der Selbständigen war gegenüber 1939 bei der Volkszählung 1946 zunächst von 12,4 vH. auf 15,5 vH. der Erwerbstätigen gestiegen. Bereits 1949 ergab sich aber für die Gruppe der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen ein starker Rückgang von 2,6 Millionen (1946) auf 1,66 Millionen, der sich bis zum 30. Juni 1951 noch auf 1,52 Millionen fortsetzte.<sup>6)</sup>

Die Tendenz der langsamen Vernichtung selbständiger bürgerlicher Existenzen geht auch aus den Zahlen der Einkommensteuerstatistik hervor. Die SBZ hatte 1949 5,9 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger (das sind 78 vH. der Einkommensempfänger, gegenüber 67,6 vH. in der Bundesrepublik). Dreiviertel des als Einzeleinkommen zu dieser Zeit verteilten Volkseinkommens wurden als Lohn und Gehalt gezahlt, das restliche Viertel floß den Selbständigen als Einkommen bzw. als Gewinn zu. Die Arbeitsgruppe *Rudolf Meimberg* hat für 1949 den Jahresdurchschnittsbetrag der Einkommen der Selbständigen, einschließlich der Familienangehörigen, in der SBZ je Kopf mit 1800,— DM berechnet, während er in der Bundesrepublik zur gleichen Zeit 4250,— DM betrug.

Seit 1949 hat sich bei rückläufigem gesellschaftlichem Einfluß die wirtschaftliche Lage der Selbständigen in der Zone noch bedeutend verschlechtert. Das betrifft die Selbständigen in den bürgerlichen Berufen der Stadt stärker als die bäuerlichen. Selbständigen und ihre mithelfenden Familienangehörigen. Von den selbständigen Erwerbspersonen ist die Mehrzahl mit zunehmendem Anteil in der Landwirtschaft beschäftigt. Dadurch fällt der Rückgang der Zahl der selbständigen bürgerlichen Existenzen in den Städten um so stärker ins Gewicht.

Sehr interessant ist nun die Entwicklung der Gruppe der Arbeiter und Angestellten, die als „Werkstätige“ das Fundament der Gesellschaftspyramide der SBZ bilden. Konnte bereits eingangs festgestellt werden, daß die arbeitende Klasse in der Gesellschaftsstruktur der Zone von Anfang an zahlenmäßig die anderen Gruppen weit überwiegt — was nach den Angaben von Boris Meißner in der Sowjetgesellschaft mit ihrem 54-vH.-Anteil an Kolchosbauern und Landarbeitern und ihrem 26,7-vH.-Anteil an Industriearbeitern keineswegs der Fall ist —, so zeigen die verfügbaren statistischen Unterlagen für den Zeitraum zwischen 1946 und 1951 eine absolute und relative Steigerung der Zahl der Arbeiter und Angestellten. Gegenüber 5,476 Millionen im Jahre 1946 beträgt die Zahl der Arbeiter und Angestellten am 30. Juni 1951 bereits 6,404 Millionen. Sie soll nach dem Fünfjahrplan bis 1955 auf 7,600 Millionen gesteigert werden.

Besonders hervorzuheben ist dabei, daß bei dieser Zunahme die Zahl der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handwerk anwächst, daß sie in Handel und Verkehr abnimmt, dagegen aber im Beschäftigungsbereich „öffentliche und private Dienstleistungen“ besonders stark zunimmt. Das läßt den Schluß zu, daß innerhalb der Gesamtgruppe die Zahl der im staatlichen Planbereich beschäftigten Angestellten im Wachsen ist.

Alle Informationen über die Lage der Arbeiter und Angestellten aus der SBZ lassen erkennen, daß sich innerhalb dieser breiten Bevölkerungsgruppe eine starke wirtschaftliche und soziale Differenzierung ergeben hat. Das läßt sich durch eine Analyse der Einkommensverhältnisse dieser Gruppe sehr gut nachweisen. Die Angaben Meimbergs und Gleitzes stimmen darin überein, daß die Schichtung der Einkommen der Zone gegenüber der Vorkriegszeit zwar stark abgeflacht worden ist, daß aber dafür im Bereich der Lohn- und Gehaltsempfänger, vor allem nach der Lohnverordnung vom August 1950, eine starke Differenzierung der Löhne und Gehälter eingetreten ist.<sup>7)</sup> Meimberg berechnet, daß 1949 den Einkommensempfängern von einem Volkseinkommen von 25,5 Milliarden DM

6) Die hier benutzten Daten sind der unveröffentlichten Arbeit einer von Prof. Rudolf Meimberg geleiteten Arbeitsgruppe, „Einkommensstruktur und Lebenshaltung in der sowjetischen Zone Deutschlands“, entnommen. Einige Angaben stammen auch aus dem Material, das Prof. Bruno Gleitze im „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“, Berlin, gesammelt hat.

7) Rudolf Meimberg a. a. O.; Bruno Gleitze a. a. O. „Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone . . .“ S. 24.

nur 16,2 Milliarden als Einzeleinkommen zur Verfügung standen, und daß von diesen 16,2 Milliarden DM 13,2 Milliarden als Lohn und Gehalt verteilt worden sind. Das macht nach seinen Angaben einen Jahresdurchschnitt an Lohn und Gehalt je Person von 2230,— DM aus. Infolge der Einführung von Leistungsprämien und der Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte bei der Eingruppierung in Lohn- und Gehaltsgruppen hat sich aber eine verhältnismäßig große Spanne zwischen den Löhnen ungelernter und gelernter Arbeiter und zwischen den Einkommen der Aktivisten und den Angestellten der verschiedenen Bürokratien auf der einen und den Einkommen der unteren Arbeitargruppen auf der anderen Seite ergeben.

All das deutet darauf hin, daß die arbeitende Schicht in der Sowjetzone heute kaum mehr als eine einheitliche Klasse angesehen werden kann. Nicht nur die unterschiedliche Höhe der Einkommen, sondern vor allem die differenzierte Stellung der verschiedenen Gruppen der „Werk tätigen“ im Produktionsprozeß und damit ihre unterschiedliche soziale Geltung in den Sozialfestungen der Betriebe und in den Verwaltungen lassen darauf schließen, daß die Tendenz der Aufspaltung der arbeitenden Klasse in eine untere, einflußlose Masse wenig verdienender Arbeiter und Angestellte und in eine privilegierte Gruppe der Arbeiteraristokratie und der proletarischen Intelligenz sich in der SBZ durchsetzt.

Der Typus des Intellektuellen westlicher Prägung und der Typus des kritischen Intellektuellen der freien Arbeiterbewegung ist in der SBZ seiner „objektivistischen“ Haltung wegen verpönt. Der Zugang aber zu der neuen, auf die Planerfüllung und die Aufrechterhaltung des Herrschaftssystems trainierten Intelligenz wird in der Zone aus drei verschiedenen Quellen gespeist: Aus den sozial eingeschmolzenen Vertretern der alten Intelligenz, aus der Gruppe der Parvenüs der Arbeiteraristokratie und aus den Absolventen der neuen politischen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Schulungsinstitutionen.

Diese neue Intelligenzschicht, über deren zahlenmäßige Bedeutung vorläufig alle Angaben fehlen, wird durch die forcierte Kaderbildung von der MAS bis zur Universität, von der städtischen Düngerabfuhr bis zur obersten Planungsbehörde angereichert. Diese Schicht genießt offensichtliche materielle Vorteile und wird mit einem erhöhten Sozialprestige bedacht. Die Grenze zwischen Arbeiteraristokratie und Intelligenz wird dabei immer mehr verwischt.

Im Prozeß des Umbaus der Zonengesellschaft deutet die Herausbildung dieser materiell und sozial bevorzugten Gruppen der Arbeiteraristokratie und der neuen Intelligenz, welche bislang noch neben den Gruppen der gesellschaftlich und politisch eingeeengten Mittelschichten und der alten Intelligenz heranwachsen, auf eine radikale Strukturveränderung der Gesamtgesellschaft. Die alte bürgerliche Klassengesellschaft wird allmählich abgelöst durch eine neue hierarchisch gegliederte Gesellschaft, deren Klassengruppen im Gefüge der Gesellschaftspyramide sich nach oben hin zu privilegierten, mit der Technik des Herrschaftssystems und der Plangestaltung beauftragten Elitegruppen verjüngen.

Die politische Dynamik des Systems der SBZ hat zur Aufrechterhaltung der von der Besatzungsmacht oktroyierten Herrschaft drei Elitegruppen hervorgebracht: Die Elite des politischen Führungs- und Kaderapparates, welche das ganze System beherrscht und bewegt; die Elite der Kaderapparate in Wirtschaft und Massenorganisationen und die Elite der Kaderapparate im Verwaltungsbereich des Staates. Das ganze Gefüge dieser Elitegruppen unterliegt dabei einer zunehmenden Bürokratisierung, die ihrerseits eine Anonymisierung der Massen der unteren Schichten hervorruft.

## ZUR PROBLEMATIK DER INDEXLÖHNE

Die volkswirtschaftliche Doppelnatur des Lohnes, Einkommens- und Kostenfaktor zugleich, zu sein, ist die Ursache mannigfacher Spannungen im sozialen Gefüge, die aus den entgegengerichteten Interessen von Einkommensbeziehern und Kostenträgern herrühren. Das Interesse der Arbeiter nämlich ist auf möglichst hohe Einkommen gerichtet, das Interesse der Unternehmer auf möglichst niedrige Lohnkosten. Der Interessenkonflikt erweist sich als noch umfangreicher, wenn man nicht das Nominaleinkommen, sondern das Realeinkommen ins Auge faßt, also die Preise mit berücksichtigt. Hier besteht ein Interesse der Arbeitnehmer an niedrigen Preisen — wenigstens und soweit ihr Produzenteninteresse am Arbeitsprodukt nicht aktiviert ist —, während die Unternehmer neben den schon erwähnten möglichst geringen Lohnkosten maximale Preise anstreben, um höchstmögliche Gewinne zu erzielen.

In einer ersten Phase der Entwicklung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Zeit des sogenannten „freien Arbeitsvertrages“, hat der Arbeitnehmer die volle Last jenes Interessengegensatzes zu tragen gehabt, weil er der schwächere Marktpartner war. In einer zweiten Phase, der des kollektiven Arbeitsvertrages, wurde der Interessengegensatz Ursache des Lohnkampfes zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und den Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter, den Gewerkschaften, die als Zusammenschluß der sozial Schwächeren das Machtgleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt wieder hergestellt hatten. Deshalb hatte jedoch der Interessengegensatz an Stärke um nichts eingebüßt, das zeigten die von beiden Seiten im Lohnkampf verwandten Mittel recht deutlich. Alle Bemühungen, diesen Interessenkonflikt aufzuheben, sind bisher fehlgeschlagen. Der Interessengegensatz ist auch gar nicht aufzulösen, weil er in den Dingen selbst angelegt ist und mit jener Doppelnatur des Lohnes zusammenhängt. Alles, was zu tun bleibt, ist: Formen des Interessenausgleichs zu finden, die weniger spannungsgeladen sind und einen gerechten Ausgleich mit einem Minimum an sozialen Reibungsverlusten ermöglichen. Das Problem wird dadurch besonders erschwert, daß die sozialpolitische Bedeutung dieses Ausgleichs über Veränderung der Einkommenshöhe und Kostengröße bis weit in produktions- und beschäftigungspolitische Bezirke hineinreicht.

In den letzten Jahren ist nun der — übrigens nicht neue — Gedanke wieder aufgetaucht, der auch in jüngster Zeit in Deutschland starke Beachtung findet, durch eine Koppelung des Geldlohnes mit dem Index der Lebenshaltungskosten die bisherigen Formen des Lohnkampfes abzumildern, den Arbeitern einen bestimmten Reallohn zu garantieren und damit einen Teil des sozialen Sprengstoffes in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wegzuräumen. Derartige Maßnahmen lassen sich jedoch weder auf die reine Lohnpolitik noch auf das Gebiet der engeren Sozialpolitik beschränken, sondern sind geeignet, infolge der Interdependenz aller wirtschaftlichen Prozesse Wirkungen in den verschiedensten Bereichen der Volkswirtschaft auszulösen. Es ist also zu untersuchen, ob und wie weit ein solcher Indexlohn die gestellten Zielsetzungen erreichen kann, ob eventuell ungewollte Neben- und Fernwirkungen auftreten, die mit anderen volkswirtschaftlichen Zielsetzungen in Widerspruch geraten, und ob nicht vielleicht die Erreichung einiger positiver Nahziele mit Schäden im volkswirtschaftlichen Organismus erkauft wird, die langfristig die Annäherung an das letzte und wichtigste aller volkswirtschaftlichen Ziele beeinträchtigen: die Wohlförderung aller.

### *Wesen und Charakter des Indexlohnes*

Der Indexlohn verknüpft die Höhe des Geldeinkommens mit dem Index der Lebenshaltungskosten,<sup>1)</sup> Er stellt also eine Form der Kaufkraftsicherung des Einkommens dar und gehört in die Gruppe der sozialpolitischen Mittel des Realeinkommensschutzes. Erwachsen sind diese Maßnahmen aus der Erkenntnis, daß der Nominaleinkommensschutz in Zeiten starker Geldwertschwankungen nicht ausreicht, um den Arbeitnehmern einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten. Die Meßziffer des Realeinkommens ist der Quotient aus Geldeinkommen und Lebenshaltungskosten. Maßnahmen des Realeinkommensschutzes können also logischerweise entweder beim Zähler dieses Bruches oder beim Nenner oder bei beiden ansetzen.

Gelänge es, den Nenner des obigen Bruches, also die Lebenshaltungskosten, vor Schwankungen zu bewahren, so wäre mit der damit erreichten *Stabilisierung der Kaufkraft der Geldeinheit* ein Realeinkommensschutz als besondere sozialpolitische Maßnahme überflüssig gemacht. Der Nominaleinkommensschutz würde völlig ausreichen, um die hier relevanten sozialpolitischen Zielsetzungen zu erreichen. Bestrebungen einer solchen Stabilisierung der Preisniveaus sind mit dem Begriff der „Indexwährung“ verbunden. Es handelt sich dabei um eine an die Quantitätstheorie anknüpfende Währungspolitik, die durch reziproke Veränderungen von Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit gegenüber den Preisniveaus jede ihrer Schwankungen umgehend rückläufig zu machen beabsichtigt. Es liegt auf der Hand, daß ein Gelingen dieser Geldwertstabilisierungspolitik die Forderung nach einem Indexlohn — jedenfalls die an den Lebenshaltungskostenindex anknüpfende Form — ausschließen würde. Die Tatsache, daß der Indexlohn heute in fast allen Ländern öffentlich diskutiert wird, zeigt jedoch, daß alle diese Länder von einem stabilen Geldwert gleich weit entfernt sind. Es geht daraus auch hervor, daß die Forderung nach Indexlöhnen um so stärker und gewichtiger sein wird, je stärker die Geldwertschwankungen auftreten.

Bedeutet die Indexwährung eine Stabilisierung der Kaufkraft der Geldeinheit, die allen Geldbesitzern gleichermaßen zugute käme, so ist der Indexlohn der Versuch, die *Kaufkraft des Geldeinkommens* zu stabilisieren, allerdings nur für diejenigen Kreise der Einkommensempfänger, die sich eine Indexklausel vertraglich sichern oder sie gesetzlich durchsetzen konnten. Die Forderung nach einem Indexlohn ist die logische Schlußfolgerung daraus, daß bei schwankendem Nenner der oben erwähnten Meßziffer, also schwankenden Lebenshaltungskosten, nur noch die zweite Möglichkeit zur Sicherung des Realeinkommens offen bleibt: Daß man nämlich den Zähler, also die Geldeinkommen, den Schwankungen des Nenners anpaßt,

### *Geschichte und gegenwärtige Praxis*

Der Indexlohn gehört zur Familie der Gleitlöhne. Es sind dies Lohnformen, bei denen der Lohn als abhängige Variable entweder direkt als Einzellohn oder indirekt über eine betriebliche Lohnsumme in ein Funktionalverhältnis gesetzt wird zu einer anderen Größe als unabhängige Variable. Die unabhängige Variable kann eine betriebliche oder außerbetriebliche Größe sein. Dementsprechend haben sich auch aus der Urform der Gleitlöhne, die den Lohn mit dem Preis des hergestellten Produkts koppelten, zwei Formen der Gleitlöhne entwickelt: innerbetrieblich die Beteiligungslöhne, die je nach der Bemessungsgrundlage als Gewinn-, Ertrags- oder Umsatzbeteiligung bekannt sind, außerbetrieblich die Indexlöhne, die den Lohn in ein Funktionalverhältnis zum Lebenshaltungskostenindex oder zum Produktivitätsindex oder zu beiden setzen.

<sup>1)</sup> Eine zweite Form des Indexlohnes verknüpft das Geldeinkommen mit der Produktivität der Volkswirtschaft (gleitender Produktivitätslohn). Auf diese Form soll hier jedoch nicht näher eingegangen werden.

Nun hat die Höhe der Lebenshaltungskosten bei Lohaverhandlungen schon immer eine hervorragende Rolle gespielt, der echte Indexlohn bringt jedoch eine automatische Anpassung der Löhne, ohne daß das alte Lohnabkommen gekündigt und die Lohnhöhe erneut zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht zu werden braucht. Dazwischen gibt es zahlreiche Abstufungen, die sich in ihren Wirkungen denjenigen des echten Indexlohnes nähern und die man als Vorstufen zum Indexlohn kennzeichnen kann. So hat z. B. im vergangenen Jahr in einige deutsche Tarifverträge die Klausel Eingang gefunden, daß eine vorzeitige Kündigung möglich sein soll, wenn sich der Lebenshaltungskostenindex um eine bestimmte Anzahl Punkte ändert. In den USA sind einige Verträge in Kraft, die neue Lohnverhandlungen im Rahmen der bestehenden Lohnabkommen ohne deren Kündigung bei bestimmten Änderungen der Lebenshaltungskosten vorsehen.

Bindungen des Lohnes an den Preis des Arbeitsproduktes sind bereits aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bekannt. Schon in den vierziger Jahren wurde von einem englischen Eisenwerk ein solcher Gleitlohn eingeführt, der dann einige Jahrzehnte später in der englischen Eisenindustrie und im Kohlenbergbau einige Verbreitung gefunden hat. Der Gedanke, den Lohn an die Lebenshaltungskosten zu binden, drängte erklärlicherweise in der Inflationszeit nach dem ersten Weltkrieg zur Verwirklichung, nachdem *Alfred Braun* bereits 1914 vorgeschlagen hatte, den Lohn nach den Arbeiterbudgets zu bemessen, um den Reallohn zu sichern.<sup>2)</sup> Die erste praktische Verwirklichung jedoch fand der Gedanke wiederum in England, wo Ende 1918 die Indexklausel in einzelnen Tarifverträgen auftauchte. 1920 waren nach Angaben der *Labour Gazette* (August 1921) bereits 1,5 Millionen Arbeitnehmer von dieser Regelung erfaßt und ein weiteres Jahr später schon fast die doppelte Anzahl. In Deutschland und Österreich wurde der Gedanke des Lebenskostenlohnes Ende 1919 erneut aufgegriffen und fand in den folgenden Jahren in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine außergewöhnliche Beachtung. Aus der recht umfangreichen Literatur jener Jahre zu diesem Thema<sup>3)</sup> ergibt sich auch ein bemerkenswertes Anschwellen und Wiederabklingen des Meinungsstreites im Rhythmus des Inflationstempos. Mit der Währungsstabilisierung verlor auch die Indexlohndebatte an Bedeutung. Die Zeit zwischen den Weltkriegen haben nur wenige Indexklauseln überlebt, zumal in Zeiten der Depression mit rückläufigen Preisen Gleitklauseln nicht mehr im Interesse der Arbeitnehmerschaft lagen, die ja in der Zeit der Geldentwertung im wesentlichen doch wohl der Träger der Indexlohnforderungen gewesen war.

Erst die Inflationstendenzen während und im Gefolge des letzten Krieges haben dem Indexlohngedanken wieder neues Leben einzuhauchen vermocht. Im Laufe der letzten Jahre hat der Indexlohn in einer ganzen Zahl europäischer und außereuropäischer Länder Fuß fassen können. Die USA, in denen die sogenannten „escalator-Klauseln“ seit 1945, vor allem aber seit der Korea-Krise, ständige Verbreitung gefunden haben, sind zu dem — wenn auch recht widerborstigen — Paradeferd der Indexlohnbefürworter geworden. Der als Triebkraft in den USA zunächst im Vordergrund stehende Wunsch nach Arbeitsfrieden wird seit Korea von einer gewissen Inflationsfurcht überlagert. Diese wirkt vor allem von der Arbeitnehmerseite her, während jene die Erklärung dafür ist, daß sich unter den Befürwortern des Indexlohnes in den USA auch zahlreiche Unternehmer befinden. Der Frontverlauf geht also bemerkenswerterweise durch beide Sozialpartner quer hindurch; auch unter den Gewerkschaftern gibt es erbitterte Gegner des Indexlohnes, wie etwa den bekannten Bergarbeiterführer *John Lewis*. Im-

2) Vgl. dazu: *Alfred Braun, Die Gewerkschaften, 1914.*

3) Vgl. vor allem die zahlreichen Beiträge in „*Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt*“, Jg. 1921-23.

Hierhin wurden im September des vorigen Jahres die Löhne von etwa drei Millionen Arbeitern in den USA durch den Indexlohn bestimmt.<sup>4)</sup> Auch in Kanada und Australien hat der Indexlohn Eingang gefunden. In Europa sind vor allem Italien, Belgien und Dänemark bei der Einführung der Indexlöhne vorangegangen. Vor kurzem hat Frankreich als erstes Land den Versuch unternommen, eine Bindung der Mindestlöhne an den Index auf gesetzlichem Wege festzulegen. In Westdeutschland sind bisher, erstmalig im vergangenen Jahr, nur einige unechte Formen des Indexlohnes in einige Tarifverträge aufgenommen worden. Eine volle automatische Gleitklausel ist bisher noch in keinem Falle angewandt worden, lediglich vorzeitige Kündigungsmöglichkeiten bei bestimmter Indexänderung sind in einigen Verträgen vorgesehen.

#### *Die Technik des Indexlohnes*

Zur Beurteilung des Indexlohnes, ist es erforderlich, sich mit seiner Konstruktion näher zu befassen. Der Indexlohn geht von einem bestimmten *Grundlohn* aus, den er in seiner Kaufkraft stabilisieren will. Dieses Vorgehen kennzeichnet den Indexlohn als rein defensive Maßnahme der Lohnpolitik. Die Erzielung eines Interessenausgleichs mit Hilfe eines Indexlohnes setzt also u. a. auch voraus, daß der Grundlohn die Anerkennung beider Sozialpartner gefunden hat. Die Konservierung des Ausgangslohnes steht jedoch im Widerspruch zu der Dynamik des Wirtschaftslebens. Die sich im Zeitablauf ändernden Daten werden auch den Grundlohn in ihre Änderungen einbeziehen und damit ständig neue Auseinandersetzungen der beiden Lohnvertragspartner heraufbeschwören. Schon hier kann also gesagt werden, daß der Lebenskostenlohn nicht imstande sein dürfte, Lohnkämpfe zu verhindern und den Arbeitsfrieden zu garantieren.

Ein sehr wichtiger Teil der Indexklausel, der vor allem auch für die Beurteilung der Wirkungen entscheidend ist, sind die „*Anpassungspunkte*“, das heißt die in der Gleitklausel festgelegte Zahl von Punkten, um die sich der Lebenshaltungskostenindex ändern muß, um eine automatische Anpassung der Löhne nach sich zu ziehen. Häufig wird die für eine Neuanpassung erforderliche Indexänderung auch in Prozenten angegeben. Es leuchtet ein, daß die Höhe dieser Punktzahl von großem Einfluß auf die Wirkungsbeschleunigung ist. Niedrige Anpassungspunkte bedeuten, daß der Lohn bereits geringfügigen Schwankungen der Preisniveaus folgt, die Anpassungshäufigkeit also heraufgesetzt wird. Alle volkswirtschaftlichen Wirkungen der Indexlöhne, die von der Veränderung der Gesamteinkommens- und Kostensumme ausgehen, werden also durch niedrigere Anpassungspunkte verstärkt, durch höhere abgeschwächt. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die Anpassungspunkte in der Praxis der Indexlohnsysteme recht unterschiedliche Höhen aufweisen. In Belgien sind sie beim graphischen Gewerbe mit 15 festgesetzt, bei den Hafenarbeitern gar mit 20, in der amerikanischen Autoindustrie betragen sie dagegen nur 1,4.

Nicht minder bedeutsam als Bestandteile der Indexklausel sind die „*Feststellungstermine*“ und „*Korrekturintervalle*“. Die Häufigkeit der Feststellungstermine findet ihre Begrenzung nach oben durch die Praxis der Indexermittlung und wird in der Regel einen Monat nicht unterschreiten. Die in der Indexlohnpraxis gebräuchlichen Feststellungstermine liegen denn auch zwischen einem Monat und einem halben Jahr. Feststellungstermin und Anpassungstermin können zusammenfallen, das heißt der Feststellung der Indexänderung um die vertraglich festgesetzte Zahl der Anpassungspunkte folgt sofort die Lohnanpassung. Häufig ist jedoch zwischen Feststellungs- und Anpassungstermin eine vertraglich festgelegte Zeitspanne, ein Korrekturintervall, geschoben. So werden in einigen

<sup>4)</sup> Charles Miche, Das Problem der Indexlöhne in den USA, in: Gewerkschaftliche Rundschau, Monatszeitschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, April 1952, S. 102.

amerikanischen Industrien, die Tarifverträge mit „escalator-Klauseln“ haben, die Löhne der je nach Vertrag monatlich oder vierteljährlich festgestellten Indexänderung unmittelbar angepaßt, wenn sie die Zahl der Anpassungspunkte überschreitet. In Industrien mit Tarifverträgen ohne jene Klausel ist zwischen Feststellungs- und Anpassungstermin ein Korrekturintervall von sechs Monaten geschoben. In Dänemark gibt es zwei Feststellungstermine im Jahr, und zwar nach dem Januar- und Juliindex, denen als Anpassungstermine der 1. März und 1. September zugeordnet sind. Auch hier sind also Anpassungsintervalle eingeschaltet. In ihren volkswirtschaftlichen Wirkungen verhalten sich die Korrekturintervalle und die Zahl der Anpassungspunkte proportional, während die Häufigkeit der Anpassungstermine dazu in einem reziproken Verhältnis steht.

Schließlich spielt das in der Indexklausel festgelegte „Anpassungsverhältnis“ eine wichtige Rolle. Die Lohnanpassung kann der Indexänderung in ihrem Ausmaß proportional sein. Diese „Vollanpassung“ wird dem Grundgedanken des Indexlohnes gerecht, das Realeinkommen zu stabilisieren. Die mit dem Indexlohn in Verbindung gebrachten inflationistischen Tendenzen haben jedoch die Zahl der Befürworter einer bloßen „Teilanpassung“ in letzter Zeit vermehrt. Die Teilanpassung war bereits in England nach dem ersten Weltkrieg eine häufig geübte Praxis; auch gegenwärtig setzen sich englische Stimmen für sie ein.

Nach dem Verhältnis zum Nominaleinkommen hat man eine „relative“ und eine „absolute“ Anpassung zu unterscheiden. Die relative Anpassung verändert als Voll- oder Teilanpassung das Nominaleinkommen in einem bestimmten Prozentsatz in gleicher Richtung der Indexänderung. Ihre Anwendung ist nicht ohne Probleme. Sie würde bei einem Steigen der Preisniveaus die höheren Einkommen ungleich stärker anheben als die niedrigen. Bedenkt man aber, daß bestimmte Grundnahrungsmittel, wie etwa Brot, Kartoffeln usw., in Haushalten mit niedrigen Einkommen ein viel stärkeres Gewicht haben als in solchen mit höheren Einkommen, so könnte bei einer Preissteigerung gerade dieser Warengruppen die relative Anpassung eine recht unsoziale Wirkung haben. Die Praxis kennt deshalb vor allem die absolute Anpassung, die allerdings bei langfristig inflationistischer Entwicklung zu einer Einkommensnivellierung führt. Der Veränderung des Lebenshaltungskostenindex um eine bestimmte Punktzahl entspricht hier die Änderung der Löhne um einen absoluten, festgesetzten Betrag. So werden z. B. in der US-Autoindustrie die Stundenlöhne um 1 Cent erhöht, wenn der Index um 1,4 Punkt gestiegen ist.

Die relative Anpassung überträgt die im Grundlohn vorhandene Differenzierung nach Alter, Vorbildung, Leistung, Geschlecht, Familienstand und sozialen Verhältnissen auf den Anpassungsbetrag, während das bei der absoluten Anpassung ohne weiteres nicht der Fall ist. Einige Indexlohnsysteme kennen deshalb bei der absoluten Anpassung eine Differenzierung nach den genannten Kriterien. So wird z. B. in Dänemark bei einer Änderung des Preisindex um sechs Punkte (1945: 291; 1914 = 100) der Stundenlohn geändert: für erwachsene männliche Arbeiter um 5 Öre, für Arbeiterinnen um 3,3 Öre und für Jungarbeiter um 2 Öre.<sup>5)</sup> In diesem Sinne wäre begrifflich zwischen einer „differenzierten“ und einer „undifferenzierten“ Anpassung zu trennen.

Je nachdem, ob eine Anpassung nur in einer Richtung, nach oben, vorgesehen ist oder ob sie in beiden Richtungen zugelassen werden soll, ist noch zwischen einer „einseitigen“ und „beiderseitigen“ Anpassung zu unterscheiden. Dem Grundgedanken des Indexlohnes entspricht die beiderseitige Anpassung. Nichtsdestoweniger wird von Arbeitnehmerseite häufig eine einseitige Anpassung

<sup>5)</sup> Rigmor Skade, Der Einfluß der Preiszahl auf die Löhne in Dänemark, in: „Soziale Welt“, Juli 1951, S. 417.

nach oben gefordert. So ist z. B. in Italien eine Anpassung der Löhne nach unten bei eventuellem Sinken der Lebenshaltungskosten nicht vorgesehen. Diese Forderung entspricht dem eingangs erwähnten Interessenkonflikt und ist damit durchaus verständlich. Wenn sie allerdings damit begründet wird, daß den Arbeitnehmern dadurch ein Anteil am Zuwachs des Sozialproduktes gesichert werden soll, so beruht diese Argumentation auf einem volkswirtschaftlichen Irrtum. Sinkende Preise *können* auf gestiegene Produktivität der Volkswirtschaft und damit gewachsenes Sozialprodukt zurückzuführen sein, sie brauchen es aber nicht. Ein reziprokes Verhältnis zwischen Preisbewegung und volkswirtschaftlicher Produktivität besteht nicht, dieses wäre allenfalls unter Bedingungen einer »Neutralität des Geldes« vorhanden, die aber weder gegeben, noch in absehbarer Zukunft zu verwirklichen ist, ganz abgesehen davon, daß sie einen Indexlohn in jeder Form überflüssig machen würde. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit werden Änderungen der Preisniveaus auf Grund von Produktivitätsänderungen meist von anderen Einflüssen überkompensiert, das zeigt schon die Tatsache, daß trotz steigender Produktivität in den meisten Volkswirtschaften während der letzten Jahrzehnte langfristig eine zwar langsame, aber ständig wirkende Geldwertminderung festzustellen ist. Die Forderung nach einer einseitigen Anpassung bei einem an den Lebenshaltungskostenindex gekoppelten Lohn entbehrt also jeder ökonomischen Logik. <sup>6)</sup>

#### *Die Wirkung auf die Güternachfrage*

Eine volkswirtschaftliche Beurteilung des Indexlohnes wird sich vor allem um die Klärung der Beziehungen bemühen müssen, die zwischen Indexlohn und Geldwert bestehen. Das läuft auf die Frage hinaus: Kann bei genügend weiter Verbreitung der Indexlöhne in einer Volkswirtschaft die gefürchtete Lohn-Preis-Spirale in Bewegung gesetzt und damit also eine inflationistische Entwicklung eingeleitet oder eine bestehende beschleunigt werden? Kommt eine Analyse zu dem Schluß, daß Kausalzusammenhänge dieser Art bestehen, so wird vor allem zu klären sein, welche weiteren Bedingungen diese Entwicklung fördern bzw. hemmen.

Der Geldwert ist die Reziproke der Preisniveaus, als „Konsum“ oder „Einkommenswert“ derjenigen Preisniveaus, die sich auf die Lebenshaltungsgüter beziehen und deren Veränderungen im Lebenshaltungskostenindex berücksichtigt werden. Die Preise aber sind in der Marktwirtschaft das Ergebnis des Zusammenwirkens von Angebot und Nachfrage. Für beide Marktarten aber ist der Indexlohn eine Determinante. Entsprechend der Doppelnatur des Lohnes, Einkommen und Kosten zugleich zu sein, wirken automatische Lohnanpassungen über die Veränderungen der Einkommen der Haushalte auf die Nachfrage, über Veränderung der Kosten der Betriebe auf das Angebot. Daß also zwischen Indexlohn und Preisniveaus enge Wechselbeziehungen bestehen, liegt auf der Hand, interessant sind jedoch nun die Einzelheiten dieses Wirkungszusammenhanges.

Der Wirtschaftsplan des Haushaltes als Ergebnis der Entscheidungen über Nachfragerichtung und Nachfragemenge einer Verbrauchsgemeinschaft hat im wesentlichen drei Determinanten: Güterpreise und Einkommen als objektiv gegebene Faktoren und die sogenannte Bedarfsstruktur als subjektive Größe, in die Bedürfnisempfindungen und Bewertung der Mittel zur Bedürfnisbefriedigung eingehen. Die nationalökonomische Theorie nimmt eine Gleichgewichtslage der Haushaltswirtschaft als gegeben an, wenn der Grenznutzen des Geldes in den einzelnen Verwendungsrichtungen gleich ist. Sieht man einmal von Änderungen

a) Bestrebungen, die Produktivitätsänderungen der Volkswirtschaft als Richtgröße für eine automatische Lohnanpassung heranzuziehen, führen zum „gleitenden Produktivitätslohn“, einem Indexlohn, der den Produktivitätsindex zur unabhängigen Variablen hat.



des subjektiven Faktors ab, so liegt auf der Hand, daß sowohl Einkommens- als auch Preisänderungen eine Störung des alten Gleichgewichts und eine Tendenz zu einem neuen auslösen. Erhöht sich z. B. der Preis eines Gutes, so tritt als Reaktion des Haushaltes eine Einschränkung der Nachfrage nach diesem Gut auf, wenn man hier einmal von anomalen Reaktionen bei sogenannten „inferioren Gütern“ absieht. Diese Reaktion läßt sich theoretisch in zwei Teilwirkungen zerlegen: Die „Substitutionswirkung“ hat zur Folge, daß der infolge der Preissteigerung gesunkene Grenznutzen des Geldes in dieser Verwendungsrichtung durch Reduktion der individuellen Nachfrage nach diesem Gut wiederangehoben wird; die „Einkommenswirkung“ erzwingt außerdem mit einem Übergang zu einem niedrigeren Versorgungsniveau die Einschränkung der Nachfrage in allen Verwendungsrichtungen des Einkommens, Beide Wirkungen summieren sich in ihrer Mengenreaktion und ergeben die Preiselastizität der individuellen Nachfrage eines Haushalts und damit auch die Nachfrageschichtung der Gesamtnachfrage nach dem betreffenden Gut am Markt.

Die große Bedeutung des Indexlohnes besteht nun darin, daß er in allen Haushalten mit Indexklausel die Einkommenswirkungen der Preisänderungen aufhebt. Da ja mit den Preisänderungen proportionale Einkommensänderungen Hand in Hand gehen, wird ein Wechsel des Versorgungsniveaus nicht akut.<sup>7)</sup> Gerade aber bei *allgemeinen* Preisbewegungen tritt die Substitutionswirkung zurück, während die Einkommenswirkung den Großteil der Mengenreaktionen ausmacht. Das Ergebnis ist dann aber, daß bei allen durch den Indexlohn betroffenen Haushaltswirtschaften die Preiselastizität ihrer individuellen Nachfrage nur noch durch die — bei allgemeinen Preisbewegungen ohnehin geringe — Substitutionswirkung bestimmt wird, das heißt, die Elastizität wird nur einen Bruchteil derjenigen ausmachen, die unter Berücksichtigung auch der Einkommenswirkung zustande käme.

Die Wirkungen sind jetzt unterschiedlich, je nachdem, ob im Gefolge einer Indexlohanpassung nach oben die gesamte Einkommenssumme in der Volkswirtschaft erhöht wird oder nicht. Nehmen wir zunächst an, daß sich das Gesamteinkommen um die Summe der zusätzlichen Einzeleinkommen erhöht. Dann wird mit dem gleichgebliebenen Einkommen bei den Haushalten ohne Indexklausel auch die Preiselastizität ihrer individuellen Nachfrage im wesentlichen gleich bleiben. Zusammen mit der infolge Wegfalls der Einkommenswirkung verminderten Elastizität der Haushalte mit Indexklausel ergäbe das aber eine mehr oder weniger verringerte Preiselastizität der Marktnachfrage. Die Reduktion der Preiselastizität der Gesamtnachfrage wird um so stärker und das ihr verbleibende Ausmaß wird um so geringer sein, je extremer die Bedingungen der Indexklausel, je größer die Zahl der Haushalte mit Indexeinkommen und je allgemeiner die Preissteigerung ist. Eine geringe Preiselastizität bedeutet aber nichts anderes, als daß relativ geringen Mengenänderungen verhältnismäßig hohe Preisausschläge entsprechen. Jede zeitliche Änderung der Angebotsstruktur, etwa durch Kosten-erhöhung und Verknappung, wird damit also zu relativ hohen Preisen führen.

Das bedeutet aber, daß die die Nachfragemenge bei Preissteigerung einschränkende Einkommenswirkung, der sich die Haushalte mit Indexlohn entzogen haben, in den Haushalten ohne Indexklausel durch die größeren Preisausschläge einen um so stärkeren Effekt erzielen muß. Schematisch dargestellt ergäbe sich etwa folgendes Bild: Während bei NichtVorhandensein von Indexklauseln eine Preissteigerung sämtliche Haushalte, die ihr Einkommen nicht auf andere Weise

7) Bei dieser theoretischen Betrachtung ist eine Indexklausel zugrunde gelegt, die eine möglichst vollständige Parallelität von Preisen und Löhnen quantitativ und zeitlich, durch extreme Bedingungen sicherstellt. Das bedeutet also: geringe Anpassungspunktzahl, große Häufigkeit der Feststellungstermine, fehlende Korrekturintervalle, Vollanpassung.

kurzfristig vermehren können, dazu zwingt, von dem Versorgungsniveau 10 auf das Versorgungsniveau 9 hinunterzugehen, erlaubt der Indexlohn den begünstigten Haushalten, das alte Versorgungsniveau 10 beizubehalten, zwingt aber dafür die Haushalte ohne Indexklausel durch die stärkeren Preisausschläge, auf das Versorgungsniveau 8 oder gar 7 überzugehen.

Wird die Gesamteinkommenssumme in der Volkswirtschaft nicht erhöht, so müssen naturgemäß die zusätzlichen Einzeleinkommen zu Lasten derjenigen Einkommen gehen, die sich der Preissteigerung nicht durch eine Indexklausel entziehen können. Die in diesem Fall unveränderte Preiselastizität der Marktnachfrage wäre die Folge davon, daß die bei den Haushalten mit Indexklausel zustande kommende Elastizitätsminderung unter diesem Aspekt kompensiert würde durch die nach oben zu stark zunehmende Elastizität der Haushalte mit vermindertem Nationaleinkommen. Diese würden also von der Ausschaltungsfunktion der gestiegenen Marktpreise mit vermehrter Wucht getroffen und müßten die volle Konsumeinschränkung allein tragen.

Wir haben bisher angenommen, daß den Veränderungen der Einkommenssumme die Veränderungen der Konsumsumme der Haushalte proportional sind, daß also Veränderungen in der Spartätigkeit nicht eintreten. Diese Annahme dürfte von der Wirklichkeit nicht wesentlich abweichen. Die Sparquote folgt nicht so sehr dem Nominaleinkommen, sondern wird vor allem von dem Realeinkommen bzw. Versorgungsniveau bestimmt. Bei gleichbleibendem Versorgungsniveau, das der Indexlohn ja zum Ziele hat, wird also die Sparquote von hier aus keine Änderung erfahren, Auf keinen Fall ist zu erwarten, daß die Wirkung zusätzlicher Einkommen etwa durch Vergrößerung der Sparsumme kompensiert wird, das Gegenteil ist bei steigenden Preisen der Fall. Der Indexlohn stabilisiert ja nur die Kaufkraft des *Geldeinkommens*, nicht des *Geldvermögens*. So dürfte bei steigenden Preisniveaus eine aus psychologischen Quellen gespeiste Tendenz zum Entsparen die Preisauftriebstendenzen verstärken. Je geringer der Abstand des Grundlohnes vom Existenzminimum ist, um so weniger wird allerdings die Sparquote ins Gewicht fallen. Auch ein Druck auf die Nominaleinkommen der Haushalte ohne Indexklausel wird die Tendenz zum Entsparen fördern. (Ein Schlußteil folgt im nächsten Heft.)

*Hans Peter*

## RATIONALISIERUNG IM GESAMTEN GESCHEHEN DER WIRTSCHAFT

Rationalisieren ist in der Wirtschaft etwas so Selbstverständliches, daß es fast schwer fällt, Rationalisieren und Wirtschaften begrifflich klar zu unterscheiden, wenn man versucht, die beiden Begriffe scharf zu „definieren“, d. h. gegeneinander abzugrenzen. Beides bedeutet nichts anderes als bei allem, was der Bedürfnisbefriedigung dient, im Ganzen wie im Einzelnen „vernünftig verfahren“ — rationalisieren — oder sich stets des „kleinsten Mittels“ bedienen — wirtschaften.

Allerdings hätten sich wohl kaum zwei Ausdrücke eingebürgert, wenn man nicht doch an etwas Verschiedenes dächte. Aber im Grunde ist wohl Wirtschaften nur das Selbstverständliche, das, was man fast instinktiv tut, ohne sich im Einzelnen immer Rechenschaft davon zu geben, wieso man wirklich wirtschaftet, wenn man seiner täglichen Beschäftigung nachgeht, während Rationalisieren

das Auffällige ist, dem man bewußt seine Aufmerksamkeit zuwendet, weil es sich um einen neuen Griff handelt, der noch nicht zur Gewohnheit geworden ist, gegen den sich die Gewohnheit vielleicht sogar sträubt. Man könnte vielleicht auch sagen: Rationalisieren (heißt, das Wirtschaften verbessern, irgend etwas tun oder einrichten, das die Wirtschaftlichkeit unseres Tuns erhöht.

Jede Einführung eines neuen Werkzeuges oder einer neuen Maschine war und ist Rationalisierung. Ihr Ergebnis ist eine Steigerung der Produktivität und damit eine Erleichterung des Kampfes ums Dasein im Ringen mit den Beschaffungswiderständen, die die Natur allem menschlichen Tun entgegensetzt, solange der Mensch die Naturkräfte nicht hinreichend beherrscht.

Aber gerade an diese Schaffung konkreter technischer Produktionsmittel wird man bei Rationalisierung nicht in erster Linie denken, obwohl alle Rationalisierung auch wieder Technik ist. Man hat bei dem Begriff der Rationalisierung vielmehr die Organisation eines umfassenderen Prozesses, die Durchorganisation einer Werkstatt oder eines ganzen Betriebes im Auge. Auch den kaufmännischen Bürobetrieb kann man rationalisieren, und man hat ihn nicht nur mechanisiert, sondern auch rationalisiert; und zwar geht beides Hand in Hand: Der durchrationalisierte Betrieb läßt sich leichter mechanisieren, und die Mechanisierungsmöglichkeiten erlauben eine bessere Rationalisierung. Man sieht auch hier wieder deutlich die Verwandtschaft aller dieser Begriffe, hinter denen allen lediglich der Gedanke steht, die Vernunft zu benutzen, um den Erfolg der Arbeit zu steigern.

Diese rein technische Seite der Sache interessiert den Politiker und Wirtschaftler im Grunde aber nur mittelbar. Ihre Vorteile für alle Beteiligten sind auch so sonnenklar, daß es darüber keine Meinungsverschiedenheiten und keinen Streit geben kann. Wenn also in Fragen der Rationalisierung Spannungen auftreten, so müssen sie andere Ursachen haben als solche, die die technische Vernunft zu erkennen vermag. Das eine Spannungsfeld liegt bereits im Betrieblichen, das andere zeigt sich im volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß, und dieses letztere läßt sich noch in zwei Spannungsmomente auflösen, ein planwirtschaftliches und ein sozialpolitisches. Diesen beiden Punkten werden wir unsere Hauptaufmerksamkeit zuwenden; aber auch die betrieblich-unternehmerische Seite des Problems müssen wir kurz ins Auge fassen.

Bei den rein technischen Verbesserungen der Produktivität ist von vornherein klar, daß sie Investitionen erfordern, eben „Verbesserungsinvestitionen“. Investitionen bedeuten aber stets eine Schaffung von neuen Produktionsmitteln in dem Nettoprodukt der Gesellschaft und als Spiegelbild ein Abspalten von Ersparnissen aus dem Nettoeinkommen der Gesellschaft. Im Einzelbetrieb können diese Ersparnisse vom eigenen Einkommen der Besitzer genommen werden, oder es muß Fremdkapital herangezogen werden. Dieses Fremdkapital kann seinerseits wieder Ersparnis aus fremden Kapitaleinkommen sein, es kann aber auch aus dem Arbeitseinkommen fremder oder eigener Arbeiter stammen.

Ob man im Einzelbetrieb Investitionen vornehmen will oder nicht, entscheidet die wirtschaftliche Vernunft der Betriebsleitung. Sie richtet sich dabei, falls ihr nicht von außen her Auflagen gemacht werden, nach den Gewinnerwartungen, die sie für ihren Betrieb hegt. Sie wird Verbesserungsinvestitionen vornehmen, wenn sie auf die Dauer den Gewinn durch die damit verbundenen Kostensenkungen zu steigern hofft, sie wird sie vornehmen müssen, wenn die Konkurrenz anderer sie dazu zwingt, weil sie mit Unterbietungen droht.

Auch die Rationalisierung im engeren Sinne ist ein solches Finanzierungsproblem für die Einzelwirtschaft. Die Durchorganisation des Ganzen erfordert

auch dann Investitionen, wenn vielleicht der eigentlich technische Produktionsapparat weder umgestellt noch erneuert wird. Die „Durchorganisation“ kostet unter Umständen erhebliche Mittel.

Solche Rationalisierung umfaßt auch die Maßnahmen und Einrichtungen, die die Ergiebigkeit der Arbeit an jedem Arbeitsplatz fördert und dem Arbeiter unnütze Anstrengungen erspart.

Ich will an dieser Stelle nicht auf die Probleme eingehen, die nicht nur bei der Rationalisierung im engeren Sinne, sondern bei jeder technischen Verbesserungsmöglichkeit dadurch aufkommen, daß bei jeder Neuerung noch brauchbare ältere Produktionsmittel außer Betrieb gesetzt werden müssen, ehe sie völlig vernutzt sind. Was von einzelnen Maschinen und ganzen Produktionsaggregaten gilt, gilt auch von Rationalisierungsumstellungen. Aber dieses rein geschäftliche Problem des sogenannten „moralischen Verschleißes“ sei hier beiseite gelassen.

Dem Volkswirt bieten sich zwei Untersuchungsfelder: Die Probleme der überbetrieblichen Rationalisierung und die Auswirkung jeglicher Rationalisierung auf die sozialen Fragen der Einkommensverteilung.

Der Gesamtprozeß der modernen Volkswirtschaft stellt ein Ganzes dar, dessen Teile aufeinander abgestimmt sein müssen, wenn die Gesamtergiebigkeit möglichst groß sein soll. Und nur, wenn sie das ist, kann auch der einzelne Teil zur höchsten Leistung kommen. Die freie Wirtschaft hofft, daß die Konkurrenz diese Abstimmung bei Strafe der Existenzvernichtung für den schwächer Leistungsfähigen oder wenigstens seiner wirtschaftlichen Schlechterstellung erzwingt. Im theoretischen Modell mag man das zugeben; in der Wirklichkeit würde es etwas lange dauern, bis sich alle „Störungen“ des idealen Gleichgewichts ausgeglichen hätten, und es würden immer wieder neue Störungen aufkommen. Gerade der sprunghafte Fortschritt würde den Ausgleich empfindlich stören. Daß die Privatwirtschaft an der Einführung von Normen stark interessiert ist und staatliche Einrichtungen begrüßt, die eine Normierung vor allem gewisser Produktionsmittelteile — ich nenne nur Schrauben — fördert, zeigt die Bedeutung dieser Frage.

Aber auch über die Schaffung solcher Normen für technische Einzelheiten hinaus finden wir überall Bemühungen, möglichst weitgehende Abstimmung der einzelnen Wirtschaftsbereiche aufeinander zu erreichen. In einer ganzen Reihe von Gewerbezweigen legt die Entwicklung zum Großbetrieb Zeugnis davon ab. Denn die Überlegenheit des Großbetriebes ergibt sich in den meisten Fällen dadurch, daß in ihm die Rationalisierung weiter durchgeführt werden kann, als das in Teilbetrieben der Fall ist. Das gilt sowohl für die horizontalen wie für die vertikalen Zusammenschlüsse, also wenn Betriebe derselben Produktionsstufe wie auch, wenn Betriebe aufeinanderfolgender Produktionsstufen zusammengeschlossen werden.

Vieles, was sich im zusammengeschlossenen Unternehmen ermöglichen läßt, ließe sich aber auch erreichen, wenn eine volkswirtschaftliche Planung bei vollständiger Wahrung der Selbständigkeit der berührten Unternehmungen die Abstimmung organisierte. Auch ohne der berechtigten Individualität in der Lebensführung Abbruch zu tun, ließen sich viele Gebrauchsgegenstände normieren. Und der Fortschritt in der Arbeitsergiebigkeit, der sich dadurch erreichen ließe, wäre in der Zeit empfindlichen Mangels an wichtigsten Gütern sehr zu begrüßen. Zeiten des Neuaufbaus sind solchen Normierungen besonders günstig. Man sollte auch nicht übersehen, daß eine vernünftige Planung der Entwicklung von selbständigen Klein- und Mittelbetrieben nur förderlich sein kann. Es ist nicht

schwer, einzusehen, daß eine Rationalisierung auf volkswirtschaftlicher Ebene Kräfte frei macht, die zur Überwindung der mancherlei Notlagen, die überall bestehen, dringend gebraucht werden.

Rationalisieren bedeutet wie jede Steigerung der Arbeitsergiebigkeit Ersparnis an Arbeitskräften, Beschwört sie also nicht die Gefahr der Arbeitslosigkeit herauf? Das ist vielleicht diejenige Frage, die die Gemüter am meisten bewegt. Hier müssen wir etwas weiter ausholen.

Ich knüpfe an eine Beobachtung an, die ich vor dreißig Jahren in der Buchhaltung eines Konzerns gemacht habe. Die Kommissionsbuchhaltung war durch-rationalisiert. Jeder Auftrag wurde in einem Heft mit etwa einem Dutzend Formularen festgehalten, die sofort an die einzelnen Abteilungen des Unternehmens gingen, so daß automatisch jede Abteilung den gleichen Text — natürlich auch die gleichen Fehler — in die Hand bekam. Die Arbeit konnte ein intelligenter Grundschulentlassener in einer Woche lernen. Ein „kaufmännischer“ Angestellter empfand die Unsicherheit seiner Stellung, in der er jederzeit ersetzbar war. Er sicherte sich auf folgende Weise. Sein Schreibtisch war nie aufgeräumt; er war mit seiner Arbeit nie auf dem Laufenden. Sobald er aber nach etwas gefragt wurde, wußte er genau Bescheid und trug in die betreffende Akte sofort die erforderlichen Daten ein. Außer ihm aber fand sich in seinem kleinen Ressort niemand zurecht. Deshalb hielt er sich für unentbehrlich. Er nahm auch seinen Urlaub nicht, wohl aus dem Gefühl heraus, daß sein Vertreter in 48 Stunden aufgeräumt haben würde und er damit seine mühevoll konstruierte Unentbehrlichkeit verlieren mußte.

Solche Einstellung zur Rationalisierung scheint mir nicht vereinzelt zu sein, wenn sie wohl auch selten in dieser grotesken Form vorkommt. Ist sie berechtigt? Berechtigt in dem Sinne, daß der im rationalisierten und mechanisierten Betrieb leicht ersetzbare Einzelne seine Stelle in besonders hohem Maße bedroht sehen und die Arbeitslosigkeit mehr fürchten muß als der gelernte oder gar der hochschulmäßig ausgebildete Facharbeiter oder Spezialist? Die Antwort kann nur lauten: In einer Volkswirtschaft, in der Rationalisierung und technische Verbesserungen, die ja immer Arbeit sparen, zu Arbeitslosigkeit führen, ist die Wirtschaftsordnung nicht in Ordnung. Denn wenn die Steigerung der Produktivität, also die Vermehrung der Güter, die in einer Arbeitsstunde hergestellt werden können, dazu führt, daß ein bisher beschäftigter Arbeiter weniger zu essen bekommt, muß etwas in Unordnung sein; denn das ist paradox. Es werden ja auch mit dem geringeren Arbeitseinsatz nicht weniger Güter erzeugt als bisher. Wenn also irgendwo ein Einkommen ausfällt, dann muß es einem andern zufließen. Eine der wesentlichen Aufgaben der volkswirtschaftlichen Leitung ist es, derartiges zu verhindern. Die Theorie der idealen Marktwirtschaft sagt, die Konkurrenz sorgt automatisch dafür, daß die durch Produktivitätssteigerung oder Rationalisierung eingesparten Arbeiter schnellstens wieder Arbeit finden werden. Sie hätte damit sogar recht, wenn eine Bedingung erfüllt wäre: Wenn die durch Rationalisierung und Produktivitätssteigerung erzielte Kostensenkung ebenso schnell zur Reallohnsteigerung führte. (Ob die Reallohnsteigerung durch Preissenkung oder durch Nominallohnsteigerung herbeigeführt wird, ist für diese Frage hier gleichgültig und müßte in einem andern Zusammenhang untersucht werden.)

Wenn diese Wirkung nicht schnell genug eintritt, dann geschieht in der allerdings nicht mehr idealen, sondern kapitalistischen Marktwirtschaft etwas ganz anderes; dann fällt — ohne bösen Willen des einzelnen Unternehmers, der ja diesen volkswirtschaftlichen Zusammenhang von seiner privaten Kom-

mandobrücke aus gar nicht übersehen kann — die Differenz zwischen den hohen alten und den geringeren neuen Kosten dem Unternehmungseigentümer automatisch als zusätzlicher Gewinn zu. Daß er ihn zunächst wirklich bekommt, ist auch gar nicht zu vermeiden. Um dieser Gewinnsteigerung willen hat er ja rationalisiert oder seinen Produktionsapparat verbessert. Das weiß jeder Theoretiker, das wußte auch Marx. Aber die Theorie der idealen Marktwirtschaft lehrt, daß die Konkurrenz mit Notwendigkeit diesen überdurchschnittlichen Gewinn schnell wieder zum Verschwinden bringt, weil sich ja alle Produzenten der gleichen Ware mehr oder weniger bald der neuen Produktionsweise bedienen werden und somit der Preis sinken muß. Eben diese Tatsache, daß die Konkurrenz diese dynamischen Gewinne immer wieder zum Verschwinden bringt, preist sie als den nie abstumpfenden Stachel, immer wieder nach neuen Verbesserungen zu streben, um immer wieder neue dynamische Gewinne zu machen. — In der Tat, wenn das so wäre, dann wäre die Marktwirtschaft in ihrer freiesten Form wirklich das Ideal. — Leider heißt es auch hier: Eng beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Solche zweifellos durch Fleiß und Intelligenz erzielten Gewinnvermehrungen sucht man sich zu erhalten, und damit kommt die Unordnung in die ideale Marktwirtschaft. Was kann man dagegen tun?

Mangelnde Ein- und Übersicht verleitet den Einzelnen, das für ihn Nächstliegende und scheinbar Zweckmäßigste zu tun. Die Auswirkungen seines Tuns bringen aber das Ganze in Unordnung. Daß der Unternehmer seinen erhöhten Gewinn zu erhalten bestrebt bleibt, kann ihm niemand verdenken. Schon die Überlegung, daß auf die Dauer ein ungestört fließender mittlerer Gewinn zu einer höheren Summe kommen kann als eine Gewinnfolge von zeitweilig vielleicht sehr hohen Gewinnen, die aber durch Verlustperioden unterbrochen wird, könnte ihn aus rein privatwirtschaftlichen Gründen bedenklich stimmen. Darüber hinaus wird man aber auch auf die soziale Verantwortung hinweisen müssen, die um so größer ist, je höher Bildung und Einfluß sind. Daß der Arbeiter die Ursache seiner Arbeitslosigkeit zuerst in dem unmittelbaren Anlaß seines Stellenverlustes — einer neueingeführten arbeitsparenden Produktionsweise — sieht, ist ebenso naheliegend. Aber hier liegt vielleicht noch deutlicher auf der Hand, daß der unmittelbare Anlaß nicht eigentlich die letzte Ursache sein kann; denn die Steigerung der Arbeitsergiebigkeit muß ja doch ein Vorteil für das Ganze sein. So haben denn die Arbeiter auch viel früher einsehen gelernt, daß der Fehler in der Wirtschaftsverfassung liegen müsse, die Segen in Fluch verwandelt.

Da im Gefolge von Produktivitätssteigerung und Rationalisierung notwendig Preise oder Löhne — im allgemeinen beide — sich ändern müssen, und da die Sozialpartner beide bemüht sein werden, bei der neuen Regelung möglichst günstig abzuschneiden, sind Spannungen unvermeidlich. Und wenn das Preis- und Lohngefüge einmal in Bewegung gerät, dann liegen auch die Versuche nahe, nach der einen oder nach der anderen Seite Korrekturen der Einkommensverteilung anzustreben, die über das durch die Rationalisierung bedingte Ausmaß der (unvermeidlichen) Änderungen hinausgehen.

Kann sich das neue Gleichgewicht automatisch einspielen oder ist eine Lenkung des Prozesses erforderlich? Das ist die entscheidende Frage. Es läßt sich im Gedankenexperiment ein ideales Wirtschaftsmodell konstruieren, für das man diese Frage mit Ja beantworten kann; da sich aber die Voraussetzungen für diese ideale Marktwirtschaft in der Wirklichkeit nicht schaffen lassen, lautet die Antwort für die Praxis aus zwingender theoretischer Einsicht: Nein.

Gewiß wird die durchschnittliche Ergiebigkeit einer Volkswirtschaft zunehmen, wenn man der Initiative der Einzelnen freie Bahn läßt, technische Neuerungen einzuführen, sobald sie darin ihren Vorteil erblicken. Aber der schnelle technische Fortschritt des 19. Jahrhunderts wäre undenkbar, wenn nicht eine politisch und ökonomisch sehr starke Gruppe den politischen und ökonomischen Widerstand der traditionsgebundenen Massen des Handwerkertums niedergebroschen und ihre privatwirtschaftlich gelenkten Pläne, die aber von volkswirtschaftlichem Ausmaße waren, ohne Rücksicht auf die katastrophalen Folgen für die Unterliegenden durchgesetzt hätte. Bei Konsumverzicht der Massen läßt sich leicht sparen; das gilt für die privaten Eigentümer der Betriebe nicht mehr und nicht weniger als für den Staat. Man findet auch leicht eine Sozialphilosophie, die den Konsumverzicht von heute mit den goldenen Zeiten von morgen nicht nur propagandistisch geschickt, sondern sogar wissenschaftlich streng rechtfertigt. Dabei ist es noch weniger schön, wenn die einen sparen und die andern verzichten, als wenn der Verzicht von heute die Lage der gleichen Schicht morgen verbessert.

Die Unabdingbarkeit der sozialpolitischen Gebote erlaubt keinen Augenblick, die Auswirkungen der technischwirtschaftlichen Veränderungen aus dem Auge zu verlieren. Die Ausgangslage ist in Deutschland nicht die einer auch nur annähernd verwirklichten Gleichgewichtslage mit ausgeglichenen Durchschnittsprofiten. Vielmehr gibt es sehr große Mißverhältnisse zwischen den Engpaßgewerben und anderen. Engpaß bedeutet aber, daß sich — je freier die Wirtschaft, um so mehr — Preise bilden, die über den Konkurrenzpreisen liegen. Es ist privatwirtschaftlich gar nicht interessant, die Engpässe zu beseitigen. Sollte das der Fall sein, dann müßte die Kostensenkung durch Rationalisierung und Produktivitätssteigerung so stark sein, daß sie die durch die Angebotsvermehrung bedingte Preissenkung kompensiert. Die Diskussion über die Investitionen in den Industrien der Grundstoffe und der Energie zeigt die Schwierigkeit der Aufgabe. Die erforderlichen Investitionen übersteigen die Finanzkraft des Einzelnen, ja sogar der einzelnen Gruppen. Selbst im volkswirtschaftlichen Gesamtrahmen bedeuten sie eine Anstrengung, der das Ganze nur gewachsen ist, wenn solidarisch vorgegangen wird.

Will man die ungeheuren Investitionen, die zur Schaffung eines wohlproportionierten volkswirtschaftlichen Produktionsapparates erforderlich sind, durchführen, ohne die Lebenshaltung zu senken, so muß jede Möglichkeit einer Ergiebigkeitssteigerung der Arbeit durch Rationalisierung im engeren wie im weiteren Sinne ausgenutzt werden. Solche Rationalisierung führt schließlich auch zur Besserung der allgemeinen privatwirtschaftlichen Lage. Nur wirkt sich diese Veränderung erst nach längerer Zeit, erst nach Jahren aus. Es ist vom Blickpunkt des Einzelnen einfach nicht zu übersehen, ob die Aufwendungen für die Rationalisierung privatwirtschaftlich rentabel sein werden. Infolgedessen unterbleiben sie; denn woher soll der Anreiz zur Betätigung der privaten Initiative denn kommen?!

Volkswirtschaftlich ist aber diese Rationalisierung dringendstes Gebot. Sie muß planvoll geschehen. Die alten Liberalen haben zu zeigen versucht, daß sich bei unbeschränkter Konkurrenz und vernünftiger Eigentumsverteilung die Ergiebigkeit der Arbeit infolge der Initiative der Einzelnen ständig steigert und so die Wohlfahrt des Ganzen gefördert wird. Da die Bedingungen nicht erfüllt sind, klappt die Selbststeuerung der sogenannten „freien“ Wirtschaft nicht — nach der Theorie der alten Liberalen! Da die Einzelpläne sich nicht von selbst aufeinander abstimmen, müssen sie überbetrieblich, auf volkswirtschaftlicher —

besser noch, auf weltwirtschaftlicher — Ebene aufeinander abgestimmt werden. Bei hinreichender Einsicht in das wohlverstandene Interesse jedes Einzelnen an dieser Abstimmung kann das ohne äußeren Zwang, ganz in der Art anderer Regelungen der Selbstverwaltung geschehen. Wesentlich ist ja nur, daß die Einzelmaßnahmen sich zu einem vernünftigen Plan zusammenfügen.

Die Alternative ist nicht Volkswirtschaft mit oder ohne Plan. Eine planlose Volkswirtschaft zu empfehlen, ist noch keinem vernünftigen Menschen eingefallen — es sei denn, er wollte sein Süppchen auf Kosten der anderen kochen! Die Alternative liegt ganz woanders. Wenn sich in der Volkswirtschaft kein wohlabgestimmter Plan verwirklicht, dann treten mehr und mehr Schäden auf, die „irgendwie“ behoben werden müssen. Das „Irgendwie“ ist aber stets eine Zwangswirtschaft, über kleine zwangswirtschaftliche Eingriffe sieht man großzügig hinweg, besonders wenn man selbst durch sie vor Schaden bewahrt wird, und aus Bequemlichkeit auch dann, wenn man durch sie nicht wesentlich berührt wird. Umfassende Zwangswirtschaft haben wir zumeist in Kriegen erlebt. Warum? Weil durch den Krieg der volkswirtschaftliche Plan von Grund auf geändert wurde und bei den immer totaler werdenden Kriegen kein Mensch von der „freien“ Wirtschaft erwartete, daß sie sich sofort auf das neue Ziel umstellte. Bis zu einem gewissen Grade vollzog sich zunächst sogar dann eine Anpassung und Umstellung, und zwar mit einem sehr reizvollen privatwirtschaftlichen Ergebnis: mit Kriegsgewinnen — von denen der Außenstehende allerdings erst sehr viel später etwas zu erfahren pflegt. Dann aber kam die Zwangswirtschaft. Man hat sie mit einer Geduld ertragen, die nur verständlich wird, wenn man die staatlichen Gewaltmaßnahmen kennt, auf die sie sich stützte.

Einer solchen Zwangswirtschaft treibt man zu, wenn der volkswirtschaftliche Plan sich nicht „von selbst“ verwirklicht. Es ist genau umgekehrt, wie das neoliberale Dogma lehrt. *Die Zwangswirtschaft kommt mit Sicherheit bei zu wenig volkswirtschaftlicher Planung; sie kann nur vermieden werden bei hinreichender, vernünftiger Planung.* Es gilt also für die volkswirtschaftliche Planwirtschaft genau dasselbe, was für den guten Erzieher gilt: Sie hat die Aufgabe, sich selbst überflüssig zu machen. Die Verwirklichung dieser Aufgabe verspricht man sich aber auch in der Pädagogik nicht dadurch, daß man die Erziehung abschafft. Wie man Erziehung braucht, so braucht man auch Planung. Schritte zur Verwirklichung des für gut befundenen Planes braucht man aber nur dann zu unternehmen, wenn sich diese nicht von selbst vollzieht. Ob sie das tut, muß man allerdings durch sorgfältige Beobachtung immer erneut feststellen. Es genügt nicht, einen Idealzustand zu verherrlichen, in dem sie das täte, wenn er bestünde.

Unter diesem Gesichtswinkel muß auch das volkswirtschaftliche Problem der Rationalisierung gesehen werden. Im Einzelbetrieb wirft die Rationalisierung die Frage der Anpassung der Löhne an die veränderte Ertragslage auf. Den einzelnen Arbeiter bedrückt die Frage, ob arbeitsparende Produktionsmethoden die Gefahr der Arbeitslosigkeit vermeiden lassen. Das volkswirtschaftliche Problem stellt sich auf Grund der gegenseitigen Abhängigkeit aller Einzelercheinungen im Gesamtprozeß. Ändert sich etwas an irgendeiner Stelle der Volkswirtschaft — oder Weltwirtschaft —, so kann sich in allen Betrieben und Haushaltungen diese Änderung auswirken, und die Betriebe und Haushaltungen müssen sich in ihren Plänen auf diese Änderung abstimmen, über die planvolle Abstimmung im ganzen Bereich zu wachen, ist die Aufgabe der Träger der Wirtschaftspolitik, des Staates, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften. Sie müssen in der Lösung der unvermeidlichen Spannungen zusammenarbeiten.



## HÖHERE PRODUKTIVITÄT DURCH INNERBETRIEBLICHE ZUSAMMENARBEIT

### Vorbemerkung

In den letzten Jahren sind in Deutschland Darstellungen über den Charakter der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen in den Vereinigten Staaten veröffentlicht worden, die zu der weit verbreitetsten Vorstellung geführt haben, als befänden sich die Gewerkschaften drüben in bestem Einvernehmen mit den Unternehmern, ja man hat sie gerade als Vorkämpfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hinzustellen versucht. In einer Reihe von Beiträgen von Amerikanern und Deutschen, die an Ort und Stelle die Probleme studieren konnten, werden wir dieses Bild zu korrigieren versuchen. Wir beginnen hier mit dem Aufsatz eines amerikanischen Wissenschaftlers, der eine objektive und realistische Darstellung der Verhältnisse gibt. Der Aufsatz eines führenden amerikanischen Gewerkschafters wird folgen. Die  
Redaktion

Innerbetriebliche Zusammenarbeit bezieht sich auf Dinge, die im gemeinsamen Interesse von Betriebsleitung und Belegschaft liegen. Sie bezweckt die Steigerung der Produktivität und damit die Erhöhung der an das Unternehmen wie die Belegschaft verteilbaren Beträge. Produktivitätssteigerung bedeutet Prüfung, Festsetzung, Erfüllung und Erhöhung der Produktionsnormen. Unter Umständen kann auch die Arbeitsfreude gesteigert werden, was mittelbar auf die Produktivität zurückwirken kann.

Zur Zusammenarbeit gehört die Bereitschaft beider Seiten, *bona fide* jeden Vorschlag zu prüfen, der von der Leitung oder von der Belegschaft gemacht wird. Es ist nicht nötig, daß in jedem Fall eine Einigung erzielt wird. Die Hauptsache ist, daß sich beide Seiten über die allgemeinen Ziele einig sind und das Gefühl haben, daß fair vorgegangen wird.

Es gibt mehrere Stufen der Zusammenarbeit: 1. Durch *Information*; hier sammeln Leitung und Belegschaft gemeinsam Tatsachen. 2. Durch *Beratung*; hier befragt man sich gegenseitig. 3. *Konstruktive Zusammenarbeit*; hier machen beide Seiten positive Verbesserungsvorschläge. 4. Die *Mitbestimmung*; hier ist die Belegschaft mit der Leitung gleichberechtigt.

Regelmäßige Sitzungen der Beteiligten bilden den üblichen formellen Rahmen für die Zusammenarbeit. Auf der untersten Stufe spricht sich der Vorarbeiter mit Gruppen von Arbeitern aus, auf der höchsten die Direktion mit den Gewerkschaftsvertretern. Methoden zur regelmäßigen Einbringung und Behandlung von Vorschlägen sind gleichfalls von Bedeutung, in bestimmten Fällen auch von den Gewerkschaften eingerichtete technische Dienste<sup>1)</sup>.

Die nachfolgende Darstellung fußt auf der Literatur über innerbetriebliche Zusammenarbeit, weiter auf Berichten von mehreren hundert Direktions- und Gewerkschaftsvertretern, die dem Verfasser ihre langjährigen Erfahrungen auf diesem Gebiete mitgeteilt haben. Auch der Verband amerikanischer Betriebsleiter hat seine Erfahrungen zur Verfügung gestellt. Insgesamt erhielten 1000 Unternehmungen, die als Stätten innerbetrieblicher Zusammenarbeit galten, entsprechende Fragebogen. Von diesen antworteten 263. Hiervon teilten 228 Betriebe mit, daß sie zwischen 1941 und 1947 die eine oder andere Form von Zusammenarbeit angewendet hatten.

Im ganzen ergab sich, daß die Zusammenarbeit zwischen Direktion und Belegschaft verbreiteter ist als gemeinhin angenommen wird. Sie findet sich

1) Anm. d. Red.: In Amerika haben manche Gewerkschaften eigene technische Dienste, die sie den Unternehmungen zur Verfügung stellen. Die Ingenieure der Gewerkschaften untersuchen die Produktivität des Betriebes und machen Vorschläge zu ihrer Verbesserung.

vorwiegend in Gebieten, wo man auch schon ein gemeinsames Interessengebiet gefunden hat, z. B. in der Unfallverhütung. Die Mehrzahl der Befragten gab an, daß die innerbetriebliche Zusammenarbeit fühlbar zur Steigerung der Produktivität beigetragen habe. Doch sei keine allgemeine Harmonie zwischen Leitungen und Belegschaften entstanden, vielmehr hätten sich die sozialen Beziehungen im Betriebe lediglich von „aktiver Feindseligkeit“ zu „friedlicher Nichtübereinstimmung“ verschoben. Im ganzen hat sich die Zusammenarbeit über längere Zeiträume gehalten. Von 2000 Versuchen dieser Art erreichte mehr als die Hälfte eine Lebenszeit von fünf Jahren oder darüber.

Eine Übersicht über das Material zeigt allerdings auch eine Reihe von Mißerfolgen. Viele Unternehmungen finden, daß andere Maßnahmen sich besser ausgewirkt haben. Man kann auf Grund der begrenzten vorliegenden Erfahrungen nicht sagen, die innerbetriebliche Zusammenarbeit sei das Allheilmittel für die Sozial- und Produktivitätsprobleme jedes Betriebs. Man kann jedoch feststellen, daß sie zumindest eines, der möglichen Mittel darstellt und in jedem Falle Erwägung verdient.

Viele Betriebe und viele Gewerkschaften lehnen den Gedanken der innerbetrieblichen Zusammenarbeit grundsätzlich ab. Lassen sich ihre Anschauungen ändern? Um diese Frage zu beantworten, muß man folgende Punkte untersuchen: 1. Die Gründe, die einen der beteiligten Sozialpartner überhaupt zu formeller Zusammenarbeit veranlassen. 2. Durchführbare Methoden der Zusammenarbeit. 3. Die hindernde Einwirkung feststehender Glaubenssätze bei Betriebsleitungen wie Gewerkschaften. 4. Die Einstellung von Leitungen und Gewerkschaften zu alternativen Methoden.

Was die Betriebsleitungen betrifft, so sind sie gegenüber den Eigentümern des Unternehmens verpflichtet, aus dem Betriebskapital den höchstmöglichen Nutzen herauszuwickeln. Soweit die innerbetriebliche Zusammenarbeit auf dem Wege über die Steigerung der Produktivität hierzu beiträgt, ist sie vom Leistungsstandpunkt aus eine Notwendigkeit. Bei erfolgreicher Zusammenarbeit gibt die Leitung ihre Funktionen nicht auf; ihre Fähigkeit zur Erzielung von Gewinnen wird nicht verringert, sondern erhöht. Auch die zunehmende Betonung der Verantwortlichkeit der Betriebsleitungen gegenüber der Öffentlichkeit legt die Anwendung der innerbetrieblichen Zusammenarbeit nahe. Manche Betriebsleitungen haben sogar ausdrücklich betont, daß sie sich verpflichtet fühlen, die Arbeiter und Verbraucher wirtschaftlich zu fördern.

Auf seiten der Gewerkschaften spricht noch mehr für Zusammenarbeit. Gewerkschaften und Arbeitnehmer müssen helfen, die Produktivität so zu steigern, daß ihre Lohnforderungen ohne Preiserhöhungen erfüllt werden können; dafür müssen sie ein ausgesprochenes Verantwortungsgefühl entwickeln.

Es scheint also, daß auf beiden Seiten gute Gründe für die innerbetriebliche Zusammenarbeit zur Steigerung der Produktivität vorliegen. Was nun die Arten der Zusammenarbeit betrifft, so kann der Austausch von Informationen, die niedrigste Stufe, wohl überall angewendet werden. Wenn die Gewerkschaften die Probleme der Leitungen mit Verständnis behandeln sollen, müssen sie vor allem darüber informiert werden. Schwierige Situationen werden sich oft klären lassen, wenn beide Seiten gemeinsam die Tatsachen zusammentragen. Ein Risiko für den Betrieb ist nicht zu sehen, wenn die Entstellung von Tatsachen und die Preisgabe von Geheimnissen vermieden wird.

Die Konsultation ist eine höhere Stufe der Zusammenarbeit. Durch sie erfährt die Leitung den Standpunkt der Arbeiterschaft. Die Kritik der Belegschaft ist für die Leitung unter Umständen eine wertvolle Kontrolle. Sie kann zur Verbesserung der Pläne der Leitung beitragen.

Die konstruktive Zusammenarbeit kann zu wertvollen Vorschlägen aus der Praxis der einzelnen Arbeiter führen oder auch aus der größeren, vielleicht ganze Industriezweige umfassenden Erfahrung der Gewerkschaften.

Das eigentliche Problem der betrieblichen Zusammenarbeit ist selbstredend die *Mitbestimmung*, die höchste Form dieser Zusammenarbeit. So gut wie alle

Leitungen bestehen darauf, daß die endgültige Entscheidung bei ihnen liegen muß; ferner verlangen sie von der Gewerkschaft die notwendige „Reife“ zur Zusammenarbeit. Sonst komme bei der Zusammenarbeit nichts heraus.

Die drei niederen Grade der Zusammenarbeit kommen überall in Frage, falls nicht a) die Gewerkschaft bewußt obstruiert, b) die Unkosten das Ergebnis übersteigen, c) eine Wiederaufhebung der Zusammenarbeit, die einmal eintreten kann, zu noch schlechteren Beziehungen im Betriebe führen würde, als sie vorher bestanden.

Die Mitwirkung der Arbeitnehmer findet am besten bei der Aufstellung der Erzeugungspläne statt, nicht jedoch bei ihrer Durchführung. Wenn die endgültige Entscheidung bei der Leitung liegt und die Durchführung der Pläne nicht verzögert wird, ist keine Beeinträchtigung der Arbeit zu befürchten. Die Arbeiter werden die Pläne wahrscheinlich bereitwilliger aufnehmen. In der Praxis allerdings wird die Mitwirkung der Gewerkschaften eher bei der Durchführung der Direktionspläne angerufen, die von den Leitungen selbständig aufgestellt wurden. Es handelt sich um die Kontrolle der Produktion an der Maschine selbst. Dafür scheint kein Raum vorhanden zu sein. Die Zusammenarbeit ist oft zusammengebrochen, wenn die Gewerkschaften versuchten, Leitungsvertreter mit bloß exekutiven Befugnissen, wie Vorarbeiter, zur Änderung der von der Direktion vorgeschriebenen Pläne zu bewegen. Der Erfolg der „Durchführungshilfe“ seitens der Gewerkschaften ist geringer als bei der „Plammgshilfe“.

Solche Schwierigkeiten sind jedoch selten gewesen. Nur in wenigen Fällen schafften die Leitungen die betriebliche Zusammenarbeit wieder ab, nachdem sie einmal eingeführt worden war. Viele Leitungen betonen, daß die Zusammenarbeit zu wirtschaftlichen Verbesserungen geführt habe, ohne daß die Macht der Direktion oder die Stabilität der Betriebsorganisation gelitten habe.

In den Vereinigten Staaten gibt es jetzt 16 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Die meisten befragten Finnen beschäftigen ausschließlich oder teilweise Gewerkschafter. Jede Form der betrieblichen Zusammenarbeit wird mittelbar oder unmittelbar von den Gewerkschaften beeinflusst. Die meisten befragten Gewerkschaftsführer lehnten jede betriebliche Zusammenarbeit ab, die zur Ausschaltung der Gewerkschaft führen könnte. Praktisch wird die Zusammenarbeit daher in der Regel die Form der Zusammenarbeit zwischen Leitung und *Gewerkschaft* anzunehmen haben. Eine andersartige Einstellung wäre unrealistisch.

Die Gewerkschaften ziehen im allgemeinen engere Grenzen für die Zusammenarbeit als die Betriebsleitungen. Sie finden, daß die Betriebsleitungen die Zusammenarbeit oft einseitig auffassen. Hinsichtlich des Informationsaustausches sind die Gewerkschaften bereit, die Direktionsmitteilungen unter ihren Mitgliedern zirkulieren zu lassen, aber viele Verbände behalten sich das Recht der Zensur und Korrektur vor; zumindest verlangen sie, daß der gewerkschaftliche Standpunkt gleichzeitig mitgeteilt wird. Viele Verbände klagen darüber, daß ihnen wenig Gelegenheit geboten wird, die Leitung angemessen zu informieren, und daß nur wenige Leitungen einen echten gegenseitigen Informationsaustausch zulassen. Was die Konsultation betrifft, so halten sich die Gewerkschaften zur Kritik der Leitungen berechtigt, lehnen aber den umgekehrten Vorgang ab.

Die konstruktive Zusammenarbeit durch Verbesserungsvorschläge findet bei den Gewerkschaften in den Fällen ein günstiges Echo, wo sie einen angemessenen Nutzen für die Arbeitnehmer davon erwarten können.

Kann die Gewerkschaft ihren Verpflichtungen nur nachkommen, wenn sie entsprechende Autorität besitzt, dann bejaht sie die *Mitbestimmung*. Beispielsweise fühlen sich manche Gewerkschaften doppelt verantwortlich: den Leitungen gegenüber für eine „anständige Tagesleistung“, den Arbeitern gegenüber für „anständige Bezahlung“. Das berührt den klassischen Konfliktstoff der Arbeitsnormen. Die Leitung kann beispielsweise den Lohn erhöhen, die Norm aber so steigern, daß die Erhöhung wieder ausgeglichen wird. Dann greift die Gewerkschaft ein. Um das tun zu können, muß sie die Frage sachlich prüfen. Hierzu verlangt sie die Zulassung gewerkschaftlicher Zeitnehmer, die ihre Zeitstudien neben jenen der von der Direktion entsandten Zeitnehmer betreiben dürfen und gegebenenfalls mit diesen gemeinsam entscheiden. Solche Gewerkschaftsfachleute haben eine schwierige Aufgabe. Echte Doppelverantwortlichkeit ist praktisch schwer durchzuführen. Der gewerkschaftliche Zeitnehmer setzt sich immer dem Vorwurf aus, den Betrieb oder zumindest den Tarifvertrag zu „ruinieren“, wenn er den Standpunkt der Arbeiter vertritt, oder aber als „Kollaborant“ gebrandmarkt zu werden, wenn er einmal feststellt, daß die Direktion recht hatte<sup>2)</sup>.

Die Gesamttendenz auf selten der Unternehmungen geht dahin, die Zusammenarbeit nicht so sehr aus wirtschaftlichen Gründen abzulehnen, sondern aus Sorge um die *Autorität der Leitung*. Der autoritäre Standpunkt überschattet selbst sichtbare wirtschaftliche Vorteile. Mehrere Unfallverhütungstechniker berichteten, daß die Leitung der Zusammenarbeit mit den Arbeitern in bezug auf Unfallverhütung nur deshalb ablehnend gegenüberstand, weil sie „für ihre Stellung fürchtete“. Diese Haltung soll von 40 vH. der Leitungen eingenommen werden. Auch wo in Vorbesprechungen alle wirtschaftlichen Bedenken gegen die Einführung der Zusammenarbeit überwunden worden waren und die Leitung sogar zugegeben hatte, daß durch diese Methode die Gewerkschaft „reifer“ (Anm. d. Red.: wozu?) gemacht werden könne, lehnte die Leitung schließlich ab. Sie erklärte offen, daß sie von der betrieblichen Zusammenarbeit eine Schädigung ihrer Machtstellung befürchtete. Ihre Autorität, ihr Prestige, ihre Herrschaft über den Betrieb würden leiden. „Wir haben an unsere Aktionäre zu denken“, „wir wollen das Geschäft selber leiten“, „wir wollen die Gewerkschaft nicht noch mächtiger machen“ — das waren typische Kommentare. Viele Leitungen waren mit den gewerkschaftlichen Methoden unzufrieden. Die Gewerkschaften seien „mit Politik durchtränkt“, und „Festigkeit“ sei das einzig angebrachte. Ferner hielten viele Direktoren die Zusammenarbeit für praktisch nicht durchführbar; sie hielten nicht viel von den Vorschlägen, die die Arbeiter machen könnten.

Die älteren Gewerkschaftsführer — im Durchschnitt führt ein Gewerkschaftsvorsitzender bei den größeren Verbänden sein Amt in Amerika 26 Jahre — verdanken ihren Ruf und ihr Amt der Tatsache, daß sie Kämpfer sind. Sie werden sich kaum ändern. Ihre Grundhaltung führt sie zur Skepsis gegenüber allen Formen der betrieblichen Zusammenarbeit. Die örtlichen Funktionäre, die sich häufig, oft jährlich, zur Wiederwahl stellen, müssen jedesmal etwas „liefern“, das heißt mit erzielten Erfolgen aufwarten können: Lohnerhöhung, Arbeitszeitkürzung, verbesserte Arbeitsbedingungen. Das erreichen sie am leichtesten, wenn die Sorge um die Durchführung der entsprechenden Abmachungen der Betriebsleitung überlassen bleibt, die „ja schließlich dazu da ist“. Allenfalls stimmen sie

2) Anm. d. Red.: Wie ersichtlich, verstellt man in Amerika unter „Mitbestimmung“ etwas anderes als in Deutschland oder jedenfalls nur einen Teil davon.

einem Prämiensystem zu, aber viele Gewerkschaften wollen auch davon nichts wissen.

Die Zusammenarbeit bringt vielleicht erst nach längerer Zeit Früchte. Es kann Zwischenfälle geben, auch Fehlschläge. Die Gewerkschaftsführer können genötigt sein, an Risiko und Verantwortung teilzunehmen, ohne dafür eine Teilnahme an Erfolgen aufweisen zu können. Zusammenarbeit bedeutet Änderung — die Arbeit, die Arbeitsgruppe, die Routine, die Tradition, persönliche Beziehungen, fixierte Interessen, fixierte Ideen, alles wird geändert. Die Gewerkschaft soll vielleicht restriktive Methoden aufgeben, um wirtschaftliche Gewinne zu erzielen; selbst wenn ihre Teilnahme an den letzteren feststeht, kann sie die soziale Einbuße für wichtiger halten. Es geht eben nicht nur um Wirtschaftliches. Die Zusammenarbeit kann für die Gewerkschaft, wie für die Leitung, zur Last werden. Zusammenarbeit zwischen der Leitung und auswärtigen gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären kann zu einem Nachlassen des Eifers bei den örtlichen Funktionären führen. Tragen wieder die letzteren die Zusammenarbeit, so sind sie leicht Angriffen seitens der Mitglieder ausgesetzt. Die Gewerkschaft kann einen Teil der Möglichkeiten verlieren, ihren Gegensatz zur Leitung zur Geltung zu bringen.

Die „neuen“, jüngeren Gewerkschaftsführer, die in Volks- und Betriebswirtschaft gut ausgebildet sind, scheinen keine angemessene Vorstellung vom Wirkungsbereich der betrieblichen Zusammenarbeit zu haben. Sie finden, daß der Rahmen für diese Zusammenarbeit im wesentlichen von der Betriebsleitung abgesteckt wird. Diese will ihre Vorrechte mit niemanden teilen, so daß eine echte Zusammenarbeit kaum möglich ist. Auch befürchten die „neueren“ Gewerkschafter, daß die Kampffähigkeit der Verbände durch die Zusammenarbeit leiden könnte. Sie sind für konsultative Einrichtungen, machen aber Vorbehalte in bezug auf deren Ergebnisse. Wird die Gewerkschaft von einer bloßen Beschwerdestelle zum wirklichen Teilnehmer an der Leitung aufrücken? Haben die Arbeiter bei der allgemeinen Geschäftspolitik der Leitung mitzureden? Werden ihre vernünftigen Vorschläge durchgeführt? Danach wollen diese Gewerkschafter die Zusammenarbeit beurteilen. Sie halten sie für aussichtslos, wenn die Arbeitnehmer und Gewerkschaften in einer untergeordneten Stellung verbleiben, wenn sie nur untergeordnete Angelegenheiten besprechen dürfen und wenn ihre Vorschläge nur an irgendeinen machtlosen Ausschuß, nicht an leitende Stellen, weitergegeben werden, wie das häufig vorgekommen ist.

Die Mehrzahl der Betriebsleitungen glaubt nicht, daß die Zusammenarbeit die richtige Methode zur Steigerung der Produktivität ist. Viele halten überhaupt nichts davon. Sie verweisen darauf, daß die Praxis der Vergangenheit wie der Gegenwart überwältigende Gegenargumente liefert. Ob alle diese Einwände berechtigt sind, ist eine andere Frage. Es liegen Erfahrungen mit Anreizsystemen, Methoden zur Erhöhung der Disziplin usw. vor, wie sie von den Betriebsleitungen an Stelle der betrieblichen Zusammenarbeit empfohlen werden. Sicher sind hier oft große Erfolge aufzuweisen, aber es gibt auch Mißerfolge. Die Mehrerzeugungsprämie, die Kosten der nötigen Kontrollen sind so hoch, daß die Mehrproduktion eben gedeckt wird; ein Gewinn bleibt nicht übrig. Anfangs geht die Erzeugung in die Höhe, dann bleibt sie stehen, vermutlich weil die Arbeiter ihre Mehrleistung genau nach der Mehrvergütung einrichten. Versuche, diese Tendenz zum „Sichspielen“ zu bekämpfen, stoßen auf den heftigsten Widerstand, der Arbeiter. Hier könnte die betriebliche Zusammenarbeit einen Ausweg aufzeigen.

Die Gewerkschaften sind in hohem Maße gegen die Alternativmethoden der Betriebsleitungen zur Erhöhung der Produktivität eingestellt. Jede verfeinerte

Aufsichtstechnik stößt auf den Argwohn der Arbeiter, die darin eine Umgehung der Verträge mit den Gewerkschaften erblicken, mehr noch, eine Erneuerung der individualistischen Haltung im Betrieb, ein Herangehen der Leitung an den einzelnen Arbeiter statt an seine Organisation. Wird die Disziplin schärfer gehandhabt, so sehen die Arbeiter darin eine Rückkehr zur Autokratie. Anreizsysteme jeder Art stoßen auf Widerspruch, weil sie einen Arbeiter gegen den anderen ausspielen und *die Gruppeneinheit zerstören*, auf welcher die Arbeiterbewegung ruht. Solche Systeme sehen oft auch der Antreiberei, der Akkordschinderei und der Herbeiführung von Entlassungen allzu ähnlich. Trotz all dieser Einwendungen geht die allgemeine Haltung der Gewerkschaften dahin, diese „direktoralen“ Methoden der neueren Art der Zusammenarbeit vorzuziehen, weil sie von der letzteren noch größere Schwierigkeiten befürchten.

Was kann der Einzelne auf beiden Seiten tun, um der Zusammenarbeit voranzuhelfen? Zunächst muß Vertrauen und guter Glaube geschaffen werden. Jede Seite muß die andere zu guten Beziehungen und wirtschaftlichem Denken erziehen. Ehrliche, sachliche Information ist auf beiden Seiten notwendig. Beide Seiten müssen von unhaltbaren Behauptungen absehen und einander gegenseitig bejahen, wo es angeht, statt Opposition um der Opposition willen zu treiben. Sie müssen darauf verzichten, „das Gesicht zu wahren“, und bereit sein, Irrtümer zuzugeben und zu berichtigen. Auch sollten sie nicht um Kritik bitten, um dann beleidigt zu sein, wenn sie geübt wird.

Zusammenarbeitspläne beginnen zweckmäßig auf Gebieten größten gegenseitigen Interesses, wo der Erfolg am wahrscheinlichsten ist, wie Unfallverhütung, Bekämpfung der Materialvergeudung, bessere Werkzeugpflege usw. Die Leitung kann ihre Verwaltungstechnik vereinfachen, ihre Personalpolitik berichtigen, mehr Sorge um stabile Beschäftigung entfalten und den Fluß der Arbeit innerhalb des Betriebs verbessern.

Die Arbeiter wiederum müßten vor allem die restriktiven Methoden aufgeben, die sie gern anwenden, wie still verabredete Leistungsbeschränkung, ungeschriebene Arbeitsregeln, Obstruktion gegen technische Veränderungen, Bevorzugung der Betriebszugehörigkeit gegenüber der Qualifikation beim Einsatz einzelner Arbeitskräfte usw. Es scheint, daß diese Methoden einem vergangenen Zeitalter angehören, in welchem die Gewerkschaften schwach waren und in starren Leistungsnormen für ihre Mitglieder das einzige Mittel sahen, um der Diskriminierung des weniger Leistungsfähigen (oder Bevorzugung des Hochleistenden) durch die Betriebsleitung entgegenzuwirken. Wenn heute Diskriminierungen vorkommen, so sind die Gewerkschaften wohl stark genug, damit durch individuelle Behandlung jedes Falles fertig zu werden. Wo sie durch Zusammenarbeit etwas gewinnen können, erscheint die Fortsetzung restriktiver Methoden als ein Anachronismus. Die Arbeiterführer erklären zwar, daß sie die Erhöhung der Produktivität begrüßen, die tägliche Praxis ihrer Verbände steht aber im Widerspruch dazu. Damit wird es der Arbeiterbewegung erschwert, aus den veränderten Verhältnissen Nutzen zu ziehen.

Es wäre erwünscht, wenn irgendein führendes Unternehmen genug Phantasie und Wagemut aufbrächte, einmal seine Arbeiterschaft durch geeignete Methoden zum Einsatz für höhere Produktivität zu bringen, dergestalt, daß sich die Arbeiter mit diesen Bestrebungen voll identifizieren könnten.

## DER BRITISCHE GEWERKSCHAFTSBUND AUF NEUEN WEGEN

Es ist noch gar nicht lange her, daß man in englischen Gewerkschaftskreisen recht verständnislosen Blicken und Fragen begegnete, wenn man vom Kampf ums Mitbestimmungsrecht in Deutschland erzählte. Wohl kaum so wie in England wirkt die Tradition als beharrender Faktor, gegen die sich nur schwer neue Erkenntnisse durchsetzen. Das gilt auch für die Gewerkschaftsbewegung, und gewiß war dabei auch der große Erfolg maßgebend, den die alte Praxis des gewerkschaftlichen Interessenkampfes für die „eine Seite der Industrie“ — wie man hier die Arbeitnehmerschaft nennt — im Laufe der letzten Jahrzehnte errungen hatte.

Obwohl man ja hier weniger vom Klassenkampf in jenen Formen denkt und spricht wie etwa in den unter den marxistischen Vorstellungen groß gewordenen Arbeiterbewegungen, hat man gerade in England dieses Bild von den „zwei Seiten“ bis in die letzten Konsequenzen der gewerkschaftlichen Praxis zur Richtschnur genommen und auch in diesem so wenig der Theorie geneigten Lande doch so etwas wie eine Theorie daraus gemacht. Immer ging man aus von einer klaren Trennung der Interessen und der Funktionen. Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter saßen sich wie Advokaten an beiden Seiten eines Tisches gegenüber, wenn es Lohnfragen oder Arbeitsbedingungen auszuhandeln galt. Gerade um dieser Position willen — Anwalt einer Partei zu sein — hatte sich bei den Gewerkschaftsfunktionären eine tiefe Abneigung entwickelt, der Unternehmerseite irgend etwas von der Betriebsverantwortung abzunehmen. Die Verantwortung für alle zu treffenden Entscheidungen sollte beim Besitzer bleiben. Die Gewerkschaftsvertreter wollten sich nicht in eine Lage manövrieren lassen, von der aus sie zu einer die Interessen „beider Seiten“ berührenden Kompromißhaltung gezwungen werden könnten. Nicht, daß Kompromisse abgelehnt wurden, aber man wollte lieber an *dem* Hebel bleiben, der den Kompromiß einer mittleren Linie voll und ganz von Seiten der Arbeitnehmerinteressen beeinflußt. Das hatte sich keineswegs geändert, als mit der Labourregierung die ersten nationalisierten Industriezweige geschaffen wurden, in deren Leitung ja auch Männer berufen wurden, die als Funktionäre der Gewerkschaften auf eine lange erfolgreiche Tätigkeit in Betriebsfragen aller Art zurückblicken konnten. Es gab da nun manche Auflockerung in der Beziehung zwischen den „beiden Seiten“, aber es gibt auch nicht einen nationalisierten Betrieb, in dem etwa ein Mitbestimmungsrecht der Belegschaftsvertretung vorgesehen wäre. Wohl gibt es eine ganze Reihe von Einrichtungen, die der Arbeitervertretung eine *beratende* und gewiß manchmal die Entscheidungen beeinflussende Funktion zuweisen, besonders in der Kohlenwirtschaft. Aber das Grundprinzip — der Leitung soll keine Verantwortung abgenommen werden — blieb auch da.

Die Belegschaftsvertretungen haben eine ganze Reihe von Aufgaben, nur eine nicht: Lohnfragen sind nicht ihre Sache. Diese bleiben den zuständigen Gewerkschaften vorbehalten, und so kommt es oft, daß am Verhandlungstisch die Führer von Bergarbeitergewerkschaften Vertretern der Leitung gegenüber sitzen, unter denen auch ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre Platz genommen haben. Einer von diesen hat die Funktion, die etwa dem Arbeitsdirektor in den entflochtenen Betrieben der deutschen Schwerindustrie entspricht. Es versteht sich

von selbst, daß niemand in diesem Platzwechsel etwa ein Zeichen von „Klassenverrat“ sieht, die gegenseitige Vertrautheit und der auf beiden Seiten immer vorhandene gute Wille hat diese Arbeitsteilung gerade in den nationalisierten Betrieben oft recht fruchtbar werden lassen.

Nun sind aber in der industriellen Entwicklung Englands neue Faktoren in Erscheinung getreten — die *Vollbeschäftigung* und die auch von den Konservativen nicht wieder abgeschaffte Planung nach gesamtwirtschaftlichen Interessen, wie sie die Teilung in Binnenkonsum, Außenhandel und Rüstungswirtschaft vorschreibt. Damit aber wurde zwangsläufig den Gewerkschaftsvertretungen und auch den Belegschaftsvertretungen ein viel weiterer Rahmen ihrer Aufgaben und Verantwortung gegeben als nach den alten Spielregeln, die ja im Grunde immer noch von jener „freien Unternehmerwirtschaft“ ausgingen, die alle Interessen in Konkurrenzinteressen aufteilt. So wurden nun nach und nach weit über 100 Organisationen als Querverbindungen zwischen dem TUC (Trades Union Congress — Gewerkschaftskongreß) einerseits und den Ministerien, Arbeitsämtern, Arbeitgeberorganisationen usw. andererseits geschaffen, um die gewerkschaftliche Mitarbeit bei allen übergeordneten sozialen und politischen Interessen, die die gesamte Volkswirtschaft angehen, voll zur Wirkung kommen zu lassen.

Daraus aber ergab sich nun geradezu zwangsläufig, daß man mit den alten Vorstellungen, die Gewerkschaften dürften nichts mit der Leitung und Mitbestimmung zu tun haben, nicht mehr weiterkam. Die Gewerkschaftsführung begriff sehr bald, daß nun Arbeiter mit Problemen der Leitung und der Mitverantwortung bekanntgemacht werden müßten. Obwohl sich bald herausstellte, wie groß der Mangel an Gewerkschaftern war, die in solchen Aufgaben bewandert waren, dauerte es noch bis zum Frühjahr 1951, dem sechsten Jahr der Labourregierung, daß der TUC Kurse zur Ausbildung von Fabrikleitern einrichtete — so lange wirkte die Bremse der Tradition.

Man kann sich gewiß vorstellen, wie schwierig es war, mit alten Bedenken gegen die Rationalisierung und Steigerung der Produktivität als der Leistung pro Mann und Arbeitsstunde fertig zu werden; auch hier war trotz sechsjähriger Vollbeschäftigung noch die alte Besorgnis zu überwinden, daß Rationalisierung Arbeitslosigkeit schafft. Die neue Erkenntnis, daß ohne Rationalisierung überhaupt keine Steigerung des Lebensstandards möglich ist, mußte sich erst allmählich durchsetzen.

Heute ist einer der Wortführer des neuen Arbeitsdenkens und der Beteiligung gewerkschaftlich geschulter Arbeiter an der Betriebsleitung der Generalsekretär des TUC, *Sir Vincent Tewson*, der kürzlich nach einem geschichtlichen Rückblick in einem Vortrage über „die Rolle der Gewerkschaften in der Betriebsführung“ in einem der neuen Institute zur Schulung und Forschung auf dem Gebiet der Betriebsführung die neuen Aufgaben für die Gewerkschaften geschildert hat, die „die altmodischen Auffassungen von den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern ablösen müssen“! Gerade weil der TUC nun an die Zusammenarbeit „beider Seiten der Industrie“ appelliert, wacht er nicht weniger scharf auf die Sicherung der Rechte und des sozialen Standards, die die englische Arbeiterschaft in den Jahren der Labourregierung erworben hat.

Sir Vincent Tewson steht bekanntlich auf dem rechten Flügel der Labour Party und ist einer der schärfsten Kritiker des „Rebellen“ *Aneurin Bevan*, vor allem, seitdem dieser vor einem Jahr aus Protest gegen das Rüstungsprogramm aus dem Kabinett ausschied. Umso interessanter ist nun, daß Bevan in seinem



Buch „In Place of Fear“ (An Stelle der Furcht) — womit er meint, daß eine konstruktive Politik internationaler Verständigung die panikerregende Politik der Furcht und Einschüchterung ablösen soll — aus den Erfahrungen mit den nationalisierten Industrien zur gleichen Forderung kommt: die Einbeziehung der Arbeiterschaft in die Betriebsführung. In dem Kapitel, das den Leistungen der Arbeiterregierung gewidmet ist, beschäftigt er sich auch mit der Entwicklung, die die Gewerkschaften in England genommen haben, und mit der Praxis der Korporationen; das sind jene Körperschaften, in denen die nationalisierte Industrie organisiert ist, wie z. B. der National Coal Board. Man hat diese Organisationen ja bewußt mit großer Selbständigkeit ausgestattet, um die Bürokratie vom Staat gelenkter Industrien zu vermeiden. Sie sind lediglich der finanziellen Kontrolle durch das federführende Ministerium unterworfen und damit dem Parlament verantwortlich. Natürlich müssen sie sich auch den allgemeinen Richtlinien der Wirtschaftspolitik anpassen. In ihrer Struktur, so meint Bevan, werden sie zu mammutartigen Riesentrüsten der „Herrschaft der Manager“ — und auch aus diesem Grunde fordert er das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihren entscheidenden Anteil an der Leitung in den verschiedenen Abteilungen des Produktionsprozesses.

Bevan will den nationalisierten Betrieben noch eine andere Aufgabe zuweisen: Aus ihren Erträgen soll vor allem der Sozialstaat finanziert werden. Bevan erweist sich — und das hat große Überraschung im Labourlager ausgelöst — als ein Gegner der hohen Einkommensteuern. Natürlich nicht, weil er die hohen Einkommen schonen will; er argumentiert einfach realpolitisch. Niemand zahlt gerne Einkommensteuer, und je größer die Steuerbelastung wird, desto mehr werden Wege gefunden, sie irgendwie zu umgehen, so daß schließlich der Lohn- und Gehaltsempfänger der einzige ist, der alle Steuern zahlen muß. Statt dessen sollte die Sozialpolitik aus den Profiten der sozialisierten Betriebe finanziert werden. Natürlich ist sich Bevan bewußt, daß das auch eine Form der indirekten Verbrauchsbesteuerung ist, denn sonst könnten ja die Produkte entsprechend niedriger verkauft werden, aber er meint, daß diese Profite ja auch nur dem entsprechen, was die Profitrate für die Privatunternehmen bedeutet. Bevan argumentiert weiter, daß diese Funktion auch dazu führen werde, den sozialisierten Sektor der Wirtschaft zu erweitern, neben dem er auch dem privatwirtschaftlichen durchaus die Existenzberechtigung zuspricht.

Auch hier befindet sich Bevan keineswegs auf einem Wege, der etwa nach links führt. Wenn er vom Gleichheitsprinzip des Sozialismus spricht, so ist es ihm die Gleichheit der Möglichkeiten individueller Entwicklung, unbehindert durch Besitz- oder Klassenvorrechte. Aber eine völlige Einkommensgleichheit ist nach seiner Auffassung eine Idee, die nie wirklich im Denken der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt hat. Selbstverständlich ist er für einen Abbau der großen Einkommensunterschiede. Es könnten aber durchaus verschiedene Formen des Eigentums in einer Gesellschaft nebeneinander wirken. Wichtig sei nur, daß *eine* Form der Eigentumsverhältnisse dominiert und für die gesamte Wirtschaftsstruktur richtunggebend ist. Das müsse in Zukunft das öffentliche Eigentum sein. So etwa werden das Tewson, Herbert Morrison und der Labourschatzkanzler, der Bevans Zorn in der Budgetdebatte von 1951 am meisten erregt hatte, Hugh Gaitskell, auch sagen. Auch seine Stellung zum Kommunismus ist nicht weniger ablehnend als die der Parteiführung. Erstaunlich bleibt gewiß seine so plötzlich erfolgte Minderbewertung der sowjetischen militärischen Gefahr, gerade auch mit dem Hinweis auf die dem Sowjetkommunismus eigene Katastrophentheorie. Auch in seinem Buch gibt er keinen Aufschluß darüber, warum er, der ,im

Februar 1951 das erhöhte Rüstungsprogramm im Unterhaus so gut verteidigt hatte, es zwei Monate später, begleitet von seinem Rücktritt aus dem Kabinett, nicht nur für undurchführbar, sondern auch für unnötig hoch erklärte. Nichts von dem, was er sagt, war nicht schon im Februar ebenso bekannt.

Die Meinungsverschiedenheiten, die Bevan in dieser Hinsicht von den Spitzen des TUC und von der Mehrheit des Parteivorstandes trennen, werden aber dank der antisozialen Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung zusehends überwunden. Auch wenn es keinen Rebellen gäbe — diese Politik macht es auch den Gewerkschaften immer schwerer, eine Rüstungspolitik zu unterstützen, die mit Hilfe dieser Wirtschaftspolitik finanziert werden soll. Der Angriff auf den Gesundheitsdienst, die Pläne für die Entnationalisierung des Straßentransportes, dessen ganze Einrichtungen mit einem Verlust von 240 Mill. DM für die Staatskasse privaten Unternehmern ausgeliefert werden sollen, die drohende Re-Privatisierung der Eisen- und Stahlwirtschaft, das alles hat bei den jüngsten Wahlen zu den städtischen und provinziellen Parlamenten schon deutlich einen Stimmungsumschwung zugunsten der Labour Party verursacht,

Das, und nicht etwa eine Bestätigung der Bevanschen Argumente von 1951, ist auch die Ursache, warum in den jüngsten Kongressen von zwei der größten englischen Gewerkschaften, der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenarbeiter (Amalgated Engineering Union) und der Gewerkschaft der Arbeiter der Handelsgewerbe und verwandter Branchen (Union of Shop, Distributive and Allied Workers), das gegenwärtige Rüstungsprogramm angegriffen und in einer Resolution die Einberufung einer Welt-Abrüstungskonferenz verlangt wurde.

Der TUC hat angesichts der Preispolitik, die aus dem Budget *Butlers* hervorgeht, und die in zunehmendem Tempo so deutlich fühlbar zur Senkung des Lebensstandards führt, bereits angekündigt, daß die „Lohnstop-Politik“, die der TUC seit den Tagen der Schatzkanzlerschaft *Stafford Cripps'* befolgt hatte, nicht mehr zu halten ist. Gewiß, von heute auf morgen braucht die Churchill-Regierung nicht zurückzutreten, solange nicht die schmale Unterhausmehrheit durch Verluste in den Nachwahlen geschwächt wird. Aber die Gewerkschaften bereiten sich auf die nächste Etappe einer Labourregierung schon heute vor — und dazu gehört nicht zuletzt, daß die Lehren aus den ersten Jahren des Bestehens nationalisierter Betriebe gezogen und ein praktischer Beitrag zur Ausarbeitung des Programms einer neuen Labourregierung geleistet wird.

#### ANEURIN BEVAN

*Das Problem der Menschheit ist es, einen Weg zu finden, um das Bewußtsein der Welt auf etwas anderes zu konzentrieren als auf die verzweifelte Strömung, die uns jetzt zum Kriege treibt. Die Generäle haben uns das Datum der Verzweiflung gegeben: 1952/53. Sollten nicht wir ein Datum linden — auf das wir sofort hinstreben hätten —, zu dem ein bestimmter Hundertsatz unserer heutigen Rüstungsausgaben der friedlichen Entwicklung zurückgebliebener Gegenden in der Welt gewidmet würde? Das Datum müßte fern genug sein, um Vorbereitungen zu erlauben. Es müßte nahe genug sein, um Hoffnung zu erwecken und Mißbrauch zu vermeiden Und der Anteil der Rüstungsprogramme, der zu friedlichen Zwecken zu verwenden wäre, müßte präzise und von wesentlichem Umfang sein und sich in Mannschaftsziffern und Maschinengrößen ausdrücken lassen.*

## BEVAN UND DAS AMERIKANISCHE RÜSTUNGSPROGRAMM

Im Sommer 1951, einige Monate vor den englischen Wahlen, trat *Aneurin Bevan* von seinem Ministerposten in der Arbeiterregierung zurück. Er begründete diese Resignation vor allem damit, daß das von der damaligen Labourregierung vorgeschlagene Militärprogramm, nicht durchführbar sei, ohne die Sozialpolitik und den Lebensstandard der englischen Arbeiter zu gefährden, und er schlug vor, das für drei Jahre in Aussicht genommene Rüstungsprogramm auf vier Jahre zu verteilen. Auf diese Weise konnte nach seinen Ausführungen das Sozialprogramm der Arbeiterregierung voll aufrechterhalten werden. Bei der Begründung seiner Anschauungen wies Bevan noch darauf hin, daß er nicht glaube, daß ein Krieg mit Rußland unmittelbar bevorstünde, noch daß die Russen bereit seien, einen Weltkrieg in absehbarer Zeit zu entfesseln.

Die gesamte konservative Presse in England fiel damals über Bevan her; aber als *Churchill* wieder an die Macht kam, mußte er zugeben, daß Bevan für England recht habe, und das englische Rüstungsprogramm wurde dann auch von den Konservativen auf einen längeren Zeitraum verteilt.

Nicht nur die englische Presse hatte seinerzeit *Aneurin Bevan* angegriffen, sondern auch — mit ganz vereinzelt Ausnahmen — die gesamte amerikanische Presse. Sie warf Bevan vor, daß er *appeasement policy* gegenüber den Russen vorschläge, und daß ihm Augengläser und künstliche Zähne, daß ihm die „sozialisierte“ Medizin wichtiger seien als eine auf militärischer Stärke beruhende Außenpolitik. Aber gleichzeitig mit dieser über ganz Amerika gehenden Pressekampagne gegen Bevan geschah etwas sehr Eigentümliches in den Vereinigten Staaten selbst.

Ungefähr um die gleiche Zeit, als Bevan die beschleunigte Durchführung des englischen Militärbudgets ablehnte, *revidierten die Vereinigten Staaten ihr eigenes Rüstungsprogramm*. Die amerikanischen Militärausgaben stiegen zwar ständig im Jahre 1951, aber sie stiegen nicht in dem *Tempo*, das in der Zeit des Eingreifens der Chinesen in den koreanischen Krieg ins Auge gefaßt worden war. Die USA haben so in Wirklichkeit die gleiche Militärpolitik für Amerika getrieben, die Bevan seinerzeit für England vorschlug: Sie haben ihr Rüstungsprogramm nicht auf drei Jahre verteilt, sondern auf vier. Die Durchführung des heutigen amerikanischen Rüstungsprogramms wird noch den größten Teil des Jahres 1954 in Anspruch nehmen.

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß von den Hunderten von Korrespondenten in Washington, die ständig über das amerikanische Rüstungsprogramm berichten, meines Wissens nicht einer in der Zeit der Angriffe gegen Bevan darauf hinwies, daß, während in der Presse noch die alten Überschriften bestehen blieben, die USA bereits im Sommer 1951 das Tempo der Rüstungen verlangsamten. Heute, nachdem die entscheidenden Daten deutlich vor aller Augen liegen<sup>1)</sup>, sollte man den Mut haben festzustellen, *daß Aneurin Bevan nicht nur für England, sondern auch für Amerika recht behalten hat*.

Es sind drei Faktorenreihen gewesen, die das Tempo der amerikanischen Rüstungen etwas gebremst haben.

Die erste, wichtigste, ist die gesamte Einschätzung der weltpolitischen Lage. Es hat sich mehr und mehr die Überzeugung durchgesetzt, daß der Kreml für

1) Diese Daten Enden sich *n. a.* systematisch dargestellt in „The Economic Report of the President, January 1952“, dem. alle weiteren Zahlen in diesem Aufsatz entnommen sind.

die nächste absehbare Zeit nicht direkt einen Krieg entfesseln, nicht direkt auf einen Krieg hinarbeiten will. Das heißt natürlich nicht, daß ein Krieg auch schon in nächster Zeit ausgeschlossen ist; das heißt aber, daß ein Krieg eher unwahrscheinlich ist. Ist dies aber der Fall, dann besteht natürlich keine *zwingende* Notwendigkeit, das Tempo der Rüstungen so stark zu beschleunigen, daß gerade durch diese forcierte Beschleunigung die ungünstigen Folgen für die Wirtschaft ein besonders starkes Ausmaß erreichen.

Diese Erwägung führt zur zweiten Faktorenreihe: Um die heutigen so komplizierten Waffen für den modernen Krieg zu produzieren, ist eine breite Anlaufzeit notwendig. Wollte man sie übermäßig verkürzen, dann würde technisch die Wirtschaft ganz beträchtliche Erschütterungen erfahren müssen, die man, wenn es irgend möglich ist, zu vermeiden sucht. In dem wirtschaftlichen Bericht Präsident *Trumans* heißt es: „Wir sind weit davon entfernt, unsere Sicherheit durch den militärischen und ökonomischen Kräfteaufbau der freien Welt als ein Ganzes erreicht zu haben. Wir haben z. B. große Schwierigkeiten zu überwinden, um unser Rüstungsprogramm anlaufen zu lassen. Diese Schwierigkeiten betreffen vor allem die Werkzeugmaschinenindustrie und andere Engpässe. Wir haben uns entschieden, die modernsten Waffen herzustellen, bevor wir darangehen, Waffentypen, die bereits im Gebrauch sind, in Massen zu produzieren.“

Abgesehen aber von diesen technischen Schwierigkeiten war es eine dritte Faktorenreihe, die zu einer Verlangsamung des Tempos in der Rüstung geführt hat. Um sie in einem Satz zusammenzufassen: Von der heutigen — verlangsamten — Basis der Aufrüstung ist es eher möglich, bei Aufrechterhaltung des bestehenden amerikanischen Lebensstandards, bei Aufrechterhaltung der Profite und der Löhne, die wachsende Rüstungsproduktion durchzuführen. Auf der heutigen Basis ist die Steigerung der Rüstungsproduktion alles in allem ungefähr entsprechend der Steigerung der gesamten amerikanischen Produktion.

Dieser Punkt ist darum so wichtig, weil er so tief in unser eigenes Leben wie in das der Alliierten eingreift. Er soll daher ganz ausführlich behandelt werden.

Was war die Ausgangsbasis für die amerikanische Wirtschaft in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg? Auf der Basis der Preise von 1951 betrug die jährliche Produktion der USA 1947 270 Milliarden Dollar. Sie war damit 1947 um etwa ein Drittel höher als in den letzten Jahren vor Beginn des zweiten Weltkrieges.

Im entscheidenden Gegensatz zu den europäischen Alliierten der USA, die im besten Fall 1947 in ihrem Lebensstandard das Friedensniveau erreichten, vielfach weit dahinter zurückblieben, ging so Amerika in die Nachkriegszeit mit einem Lebensstandard, der um rund ein Drittel über dem des Friedens lag. Schon diese Steigerung war nach früheren historischen Erfahrungen selbst für Amerika ungewöhnlich.

Von dieser Basis von 270 Milliarden Dollar in Preisen von 1951 stieg die jährliche Produktion bis Mitte 1950 um etwa 30 Milliarden Dollar auf 300 Milliarden Dollar jährlich. Seit Ausbruch des koreanischen Krieges nahm das Tempo der Steigerung der Produktion zu, und Anfang Januar 1952, das heißt in eineinhalb Jahren, war eine weitere Steigerung um 30 Milliarden Dollar erreicht, so daß in der Zeit, als der letzte ökonomische Bericht Präsident *Trumans* erschien, die amerikanische Produktion auf 330 Milliarden Dollar gestiegen war. Seit 1947 war damit die gesamte Produktion auf der Basis der Preise von 1951 um nicht weniger als 60 Milliarden Dollar gestiegen, das heißt, die Steigerung der jährlichen Produktion war bereits größer als die gesamten jährlichen Militärausgaben.

Das amerikanische Volk kann daher bereits bei dem heutigen Niveau seiner Produktion die gesamten Militärausgaben, die erst später 60 Milliarden Dollar jährlich erreichen sollen, tragen, wenn es nur mit seinem Lebensstandard von 1947 zufrieden ist, der bereits um ein Drittel über seinem Lebensstandard von 1939 lag. Es müßte dann nur einen kleinen Teil des Aufstiegs in seinem Lebensniveau, den es in den Jahren 1947 bis 1950, vor Beginn des koreanischen Krieges, erzielte, aufgeben.

Aber selbst dieses verhältnismäßig so kleine Opfer hat sich bei dem heutigen Tempo des Rüstungsprogramms als nicht notwendig erwiesen. Da das Tempo so verlangsamt wurde, da sich die Rüstung eben nicht auf drei, sondern auf vier Jahre verteilt, so ist auch jetzt die Steigerung im großen und ganzen nicht höher als die Steigerung der amerikanischen Produktion seit dem koreanischen Kriege.

Wie war die Situation im vergangenen Jahre? In diesen zwölf Monaten nahmen die Militärausgaben um mehr als 20 Milliarden Dollar zu: sie erreichten im letzten Vierteljahr 1951 (also nicht im Durchschnitt des ganzen Jahres) ein Niveau von 45 Milliarden Dollar, die militärische Hilfe an die Alliierten einbezogen.

Die gesamten Rüstungsausgaben nahmen Ende 1951 ungefähr 14 vH. der Produktion in Anspruch gegenüber 8 vH. im Jahre 1950. Aber im gleichen Jahre lag die gesamte Produktion mit 330 Milliarden Dollar um etwa 10 vH. über den Zahlen von 1950, die 300 Milliarden Dollar betragen. Der Bericht kommt in der Zusammenfassung seiner Ergebnisse zu der Schlußfolgerung, daß für das gesamte amerikanische Volk der Lebensstandard 1951 noch gestiegen ist. Das war die Lage im Jahre 1951.

Und wie wird sie sich im Jahre 1952 gestalten? Nicht viel anders! Die gesamten Militärausgaben sollen um rund 20 Milliarden Dollar weiter steigen, und zwar sollen sie in den letzten Monaten 1952 — also nicht im Durchschnitt des ganzen Jahres — ungefähr 65 Milliarden Dollar betragen. Auf der anderen Seite aber bleibt natürlich auch die amerikanische Produktion nicht stabil. Der Bericht des Präsidenten erwartet eine Steigerung von mindestens 5 vH., das heißt einen weiteren Anstieg von etwa 15 bis 20 Milliarden Dollar. Mit anderen Worten: die Steigerung der amerikanischen Rüstungsausgaben wird auch 1952 kaum höher sein als die Steigerung der Produktion. Die wachsenden Rüstungsausgaben werden so nicht aufgebracht durch eine beträchtliche Senkung der *gesamten* Produktion für die Konsumgüter des amerikanischen Volkes, sondern durch weitere Steigerung der Produktion; das schließt natürlich nicht aus, daß in *gewissen* Konsumgütern beträchtliche Einschränkungen einsetzen werden. Autos und Häuser werden nicht soviel produziert werden wie in den Jahren zuvor; wie überhaupt, die Produktion der „dauerhaften“ Konsumgüter beschränkt wird. Das schließt weiter nicht aus, daß bei der an sich sehr großen Umstellung vieler Produktionszweige an manchen Stellen große Schwierigkeiten eintreten werden. In Detroit z. B. hat bereits der Rückgang der Autoproduktion zu starker Arbeitslosigkeit geführt.

Aber insgesamt ist das Bild für Amerika, daß auf der Basis der nunmehr vorgesehenen Verlangsamung des militärischen Rüstungsprogramms die Steigerung der Rüstungen mit der Steigerung der amerikanischen Produktion parallel geht und daß sie auch für die Zukunft, daß sie auch für das Jahr 1952 parallel gehen wird. Das mag sich ändern, wenn die internationale Situation sich sehr verschlimmert. Im amerikanischen Budget sind z. B. keine größeren Ausgaben vorgesehen für die Fortsetzung des koreanischen Krieges. Aber unter der Voraussetzung, daß es in Korea zu einem Waffenstillstand kommt, und daß kein neuer „kleiner“ Krieg eintritt, werden die Rüstungskosten kaum höher sein als nun-

mehr vorgesehen. Sie sind damit Meiner als die amerikaaische Regierung im Herbst 1950 angenommen hatte, als sie nach Eintritt der Chinesen in den Krieg mit ihrem gewaltigen Rüstungsprogramm begann und als sie von unseren europäischen Alliierten die koordinierte Steigerung ihrer Militärausgaben verlangte. Das ergibt sich klar, wenn wir den heute vorliegenden Bericht Präsident Trumans in Vergleich setzen zu dem im Juli 1951 publizierten. Im letzten Bericht wurde erklärt, daß das Tempo in der Steigerung im letzten Vierteljahr 1951 zurückging. Es heißt dort: Das Tempo des Ausbaus unseres Sicherheitsprogramms verringerte sich gegen Ende 1951. Während des letzten Vierteljahres haben sich die Sicherheitsausgaben schätzungsweise um nur drei Milliarden Dollar erhöht, auf das Jahr gerechnet im Vergleich zu der durchschnittlichen Steigerung von 6 Milliarden Dollar in jedem der drei vorhergehenden Jahre.

Da das Tempo der Steigerung zurückging, machen die Militärausgaben auch nicht den Prozentsatz des amerikanischen Volkseinkommens aus, der in den früheren Berichten des Präsidenten als wahrscheinlich angenommen worden war. Im Juli 1951 war gesagt worden, daß der Anteil der Rüstungsausgaben von 6 vH. vor Korea auf 15 vH. 1951 wachsen solle, und auf 20 vH. um die Mitte 1952.

In Wirklichkeit aber haben die Militärausgaben 1951 nicht 15 vH. betragen, sondern 14 vH., und sollen bis Ende 1952 18 vH. erreichen, und werden daher um die Mitte des Jahres 1952 ungefähr 16 bis 17 vH. erreichen. Diese Veränderung scheint an sich nur geringfügig zu sein, und wenn ein Land, sagen wir Belgien, statt 20 vH. nur 16 bis 17 vH. für Rüstungszwecke ausgeben würde, dann wären die Folgen für die ganze Welt nicht sehr groß. Für die USA aber liegt das anders.

Jedes Prozent, das die amerikanischen Rüstungsausgaben am amerikanischen Volkseinkommen ausmachen, entspricht ungefähr drei Milliarden Dollar. Wenn Amerika so 1952 nicht 20 vH. seines Volkseinkommens, sondern 16 bis 17 vH. für seine Militärausgaben aufwendet, so heißt dies, daß die Militärausgaben um rund 10 Milliarden kleiner sind als man früher annahm. 10 Milliarden Dollar aber sind weit mehr als das gesamte amerikanische militärische und ökonomische Hilfsprogramm für Europa und Asien. 10 Milliarden Dollar sind mehr als das Doppelte der gesamten englischen Militärausgaben.

Das aber heißt: im gleichen Jahre, in dem Aneurin Bevan zurücktrat, weil er für eine gewisse Reduzierung der englischen Militärausgaben eintrat, um den Lebensstandard des englischen Volkes, der englischen Arbeiterschaft nicht stärker herabzusetzen, im gleichen Jahre hat Amerika, das in das Jahr 1951 mit einem Lebensstandard ging, der um ein Drittel über dem der Vorkriegszeit lag, ein Militärprogramm durchgeführt, dessen Steigerung verlangsamt wurde, so daß der amerikanische Lebensstandard auch in diesem Jahre ungefähr der gleiche blieb oder sich noch steigert. Amerika hat also das von Aneurin Bevan für England vorgeschlagene Militärprogramm für 1951 durchgeführt, und es gedenkt auch in den kommenden Jahren nicht von dieser Linie abzuweichen.

#### ABRAHAM LINCOLN

*Arbeit ist unabhängig vom Kapital und älter als dieses. Kapital ist die Frucht der Arbeit und würde niemals existieren, wenn nicht die Arbeit vorher existiert hätte. Arbeit ist dem Kapital überlegen und verdient bei weitem die höhere Beachtung.*

## ZUR GEISTIGEN SITUATION DES DEUTSCH-AMERIKANERTUMS

### *Schmelztiegel Amerika?*

Dieses nur zu oft benutzte Kennwort für den Assimilierungsprozeß der nicht angelsächsischen Bevölkerungsteile innerhalb der großen amerikanischen Völkerfamilie ist in Wirklichkeit nur halb richtig und dadurch verwirrend. Es verleitet zu voreiligen und falschen Schlußfolgerungen.

Amerika ist eine Nation von Einwanderern: von im Leben ihres Ursprungslandes noch mit allen Fasern verwurzelten Immigranten *und* solchen, die haßerfüllt alle Brücken hinter sich abbrechen und nur einem neuen Lebensabschnitt zustreben. Der Grad der Einschmelzung wie auch der Grad der Bereitschaft, sich neuen Eindrücken unvoreingenommen hinzugeben, war stets verschieden. Auch die Möglichkeit dazu, nicht zuletzt auf Grund der verschiedenen Bildungsgrundlagen, war keineswegs für alle gleich. Die der Skandinavier, der Deutschen und bis zu einem gewissen Grade der Juden (nämlich soweit sie nicht selbst die Situation der „Zerstreuung“, das heißt des Ghettos, als Gruppe vorzogen!) war größer als die, die im allgemeinen sich für die Immigrantennmassen aus Italien, den Balkanländern, Polen, Rußland und aus den lateinamerikanischen Ländern ergab. Anders auch als bei den Iren, die oft, selbst nachdem sie amerikanischen Boden betreten hatten, sich immer noch vor allem als Glieder des von England vergewaltigten Heimatlandes fühlten. Die Problematik der Asiaten, die nur in kleinen Scharen Zugang erlangten, steht noch auf einem besonderen Blatt: Oft fanden sie sich einer ähnlich verachtungsvollen Feindseligkeit gegenüber wie die einheimischen Neger. Alle diese Besonderheiten ergaben einen beträchtlichen Unterschied in dem Tempo, mit dem sich einzelne Volksgruppen assimilieren konnten — oder auch wollten!

### *Deutsche Einwanderung der ersten Zeit*

Bereits Ende des 17. Jahrhunderts siedelten die ersten Deutschen in Nordamerika. Weitere Einwanderungswellen folgten, bis die deutschsprachige Volksgruppe schließlich die zahlenmäßig stärkste nicht-englische Gruppe in den Staaten darstellte. In der Entwicklung des Deutsch-Amerikanertums lassen sich deutlich mehrere Perioden unterscheiden: In der *ersten* haben die zumeist aus religiösem Nonkonformismus aus der alten Heimat Ausgewanderten vor allem einen neuen Arbeitsplatz gesucht und — oft als Farmer — auch gefunden. Einigen Städten verliehen sie ihr Gepräge und versuchten dort, ein wenig abgesondert lebend, ein Gott und den Gesetzen folgsames Leben zu führen. Mit dem Eintreffen der Achtundvierziger wurden weite Kreise der deutschen Immigration an die amerikanische Politik herangeführt. Sie haben aktiv beeinflussend, militant, am Aufbau, am Schutz, an der Entwicklung der Union teilgenommen. Die *zweite* Periode des gruppenmäßigen Mithandeln- und Mitbestimmenwollens fand im Zusammenhang mit dem ersten Weltkrieg ein Ende. Die scharf antibritische Haltung vieler deutscher Verbände, die auch nach dem amerikanischen Kriegseintritt nicht völlig verschwand, schuf ein wachsendes Mißtrauen gegen ihre organisatorische Aktivität, isolierte sie teilweise vom Gefühl der Gesamtnation und führte schließlich, nicht ohne innere Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen, zu der mehr oder minder „gewünschten“ Aufgabe eigener politischer Gruppenbildung. Man zog sich auf geselliges Leben

eigener Art zurück, vollzog andererseits in steigendem Maße einzeln rückhaltloser als vorher die Einordnung in die Umgebung und verlor notwendigerweise dabei immer mehr das Interesse an der Bewahrung eigener Kultur, Presse und Tradition. Diese *dritte* Periode ist heute im Abklingen. Das Deutsch-Amerikanertum als Ganzes hat kaum noch ein eigenes „nationales“ Gesicht und keinen Ehrgeiz mehr, als „Pressure-group“ zu handeln.

#### *Die Achtundvierziger*

Daß vor 100 Jahren von einer intellektuellen Blüte deutscher Flüchtlinge entscheidende Anstöße für die amerikanische Nationwerdung ausgingen, klingt nur noch als eine Art Heldensage in die Zeit hinein. Damals hat eine merkwürdige Symbiose zwischen europäischen Ideologien und der neuem Werden offenen Realität des amerikanischen Kontinents stattgefunden. Die deutschen Liberalen und Radikalen ergriffen die Chance, für ihre Ideen auf jungfräulichem Boden mit all der Kraft, die in der Heimat nicht zum Zug gekommen war, die Trommel zu rühren. Sie rissen einen Teil der älteren deutschen Einwanderung mit sich und gliederten sich mit ihnen zusammen in die inneramerikanischen Fronten ein, womit sie brachliegende Kräfte, die vorher selbstgenügsam sich abseits gehalten hatten, fruchtbar machten.

Natürlich haben die Pennsylvania- und die Maryland-Deutschen<sup>1)</sup> — um nur zwei der wichtigsten Siedlungsgebiete zu nennen — als geschlossene Gemeinden bereits örtlich wichtigen Einfluß ausgeübt, noch bevor die Achtundvierziger und die der Niederschlagung der Revolution im alten Lande folgende Massenemigration der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (in den Jahren 1852—1854 landeten in New York 500 000 Deutsche) der Alt-Immigration plötzlich artikulierte und politisch bewußte Wortführer brachten. Bis dahin hatten traditionsgemäß die meisten Deutschen der Demokratischen Partei angehört. Jetzt, als fast ausnahmslos die deutsche liberale, demokratische, sozialistische Intelligenz unter den Flüchtlingen vor, während und nach dem Sezessionskrieg sich mit all ihrer Leidenschaft für die Abschaffung der Sklaverei, aber auch für die Einheit der Union einsetzte, stießen in immer stärkerem Maße die deutschen Immigranten zu den Republikanern, später zu den „Unabhängigen Republikanern“, und bildeten in einigen Staaten das Rückgrat der damals fortschrittlichen Bewegung. Deutsche Turner-Regimenter eilten zu den Fahnen, als die Konföderation sich zu lösen versuchte. Deutsche hatten hohe Offiziersstellen während des Krieges, danach hohe Verwaltungsposten in der Union inne. Historiker sind überzeugt, daß die Wahl *Lincolns* zum Präsidenten 1860 nicht zuletzt auf die Aktivität von *Carl Schurz* zurückzuführen war.

#### *Deutsch-amerikanische Synthese*

Nicht nur in der nationalen Politik hatten die „Schnurrbarts“, wie man damals oft die Deutschen nannte, zeitweise einen starken Einfluß. In den ersten Zeiten der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation hatten deutsche Radikale bei der Gründung von sozialistischen Parteien und Kampfblättern ihren guten Anteil — allerdings auch an der sektiererischen Rechthaberei, mit der diese Ansätze sich oft bald von innen zersetzten.

Von ungeheurer Bedeutung für die damalige Periode der deutschen Einwanderung war, daß die Neuankömmlinge sich *nicht*, wie später großenteils die Emigranten der Hitlerzeit, im *Exil* fühlten, sondern sich mit beiden Beinen in

1) Unter den vielen Büchern zum Problem des Deutsch-Amerikanertums sind die folgenden drei, da relativ neuen Datums und sehr objektiv, hier zu nennen: Emil Meynen, *Bibliographie des Deutschtums der kolonialzeitlichen Einwanderung in Nordamerika, insbesondere der Pennsylvanien-Deutschen und ihrer Nachkommen 1683—1933*, Leipzig, 1937; Dieter Cunz, *The Maryland-Germans, A History*, Princeton, 1948; A. E. Zucker (ed.), *The Forty-Eighters, Political Refugees of the German Revolution of 1848*. New York, 1950.



die neue soziale Wirklichkeit hineinstellten und nicht Gäste, sondern Teil sein wollten. Dazu kam das andere. Die liberale deutsche Intelligenz, die damals in den Staaten plötzlich an die Rampe des politischen Theaters trat, hatte eine „Botschaft“. Keine andere Immigration hat etwas Ähnliches mitgebracht. Ein Menschenalter zehrte sie davon. Dann verbleichte deren Leuchtkraft. Als das Deutsch-Amerikanertum zum ersten Weltkrieg noch einmal politische Stellung nehmen wollte, reichte es dazu ideologisch nicht mehr aus: Das kaiserliche Deutschland, dem man im intransigenten Flügel aus der Ferne wegen der gemeinsamen Sprach- und Kulturwurzel helfen wollte, trug ein anderes, fremdes Gesicht.<sup>2)</sup> Die darauf einsetzende Desintegration war nicht nur durch die Umstände erzwungen, auch die Flamme des Sendungsbewußtseins war ausgebrannt. Von da an war der geistige und damit auch organisatorische Schrumpungsprozeß nicht mehr aufzuhalten. Und nur kleinste Minderheiten nahmen an der Auseinandersetzung um den Nationalsozialismus wirklich noch Anteil. Deutscher Herkunft zu sein, war Angelegenheit der privaten Existenz geworden.

#### *Deutsch-Amerikaner und Sozialismus*

Der deutsche Sektor der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten war bereits relativ früh wieder aus dem öffentlichen Leben verschwunden. Obwohl zeitweise die Turner-Verbände sich ausdrücklich auf den — weitgefaßten — Boden der Arbeiterbewegung stellten und die im Jahre 1901 vollzogene Spaltung zwischen „Socialist Labour Party“ und „Socialist Party“ noch ihre ganz konkreten Rückwirkungen etwa beim „Workmen Benefits Fund“ (den deutschen Arbeiterkrankenkassen) hatte, lösten sich die revolutionären Zirkel deutscher Sozialisten als solche bald wieder auf. Sie stellten aus Mangel an Anhängern ihre Veröffentlichungen ein und haben heute nur noch in einzelnen Arbeiter-, Gesang-, Turn- und Einäscherungsverbänden, in kleinen, zumeist in der Nahrungsmittelbranche organisierten deutschsprachigen Gewerkschaftsgruppen, in der „Socialdemocratic Federation / Deutsche Sprachgruppe“ zwerghafte Nachfahren aufzuweisen. Außer den Arbeiterkrankenkassen, die zumindest beispielgebend für ähnliche amerikanische Organisationen wurden, heute aber Angehörige aller Volksgruppen und aller Stände umfassen, hat keiner dieser Vereine eine wirkliche politische oder kulturtraditionelle Bedeutung gewonnen.

#### *Die deutsch-amerikanische Presse*

An der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Zeitungs- und Zeitschriftenwesens läßt sich mit am deutlichsten der Prozeß jder strukturellen und geistigen Auflösung zeigen, den das deutschsprachige Element in den USA durchmachte. Nachdem die im Jahre 1732 von *Benjamin Franklin* begründete „Philadelphische Zeitung“ noch nach der zweiten Nummer aus Mangel an Resonanz das Zeitliche segnete, kann man etwa von 1740 an einen stetigen, wenn auch gelegentlich nur mit großen Opfern einzelner Idealisten ermöglichten Aufstieg der deutschsprachigen Zeitungen verzeichnen: 1890 gab es in den Vereinigten Staaten 756 deutsche Zeitungen und Zeitschriften, darunter 87 Tageszeitungen. Im Jahre 1914 hatten die deutschen Tageszeitungen der USA zusammen eine Auflage von ungefähr 620 000 Exemplaren, die halbwochentlich erscheinenden Blätter eine solche von 37 000, die Wochenzeitungen 1 753 000. Die „New Yorker Staatszeitung“ hatte eine Auflage von 70 000, die Chikagoer „Illinois Staatszeitung“ eine solche von 47 500, der „Germania-Herold“ in Milwaukee 24 000. Die wöchentlich in Milwaukee herauskommende „Germania“ erschien mit 100 000 Exemplaren.<sup>3)</sup>

2) Citfton James Child: *The Genman-Americans in Politics 1914—1917*, Madison, 1939. 3) Siehe *.American Newspaper Annial amd Directory*, 1914, Philadelphia, 1253—1259.

Der erste Weltkrieg, insbesondere nach Amerikas Eintritt in die Kriegshandlungen, drängte die „Amerikadeutschen“ beträchtlich zurück. Im Jahre 1920 gab es 278 Blätter in deutscher Sprache, darunter 29 Tageszeitungen. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges, bevor die USA aktiv an ihm teilnahmen, erschienen noch 119 Blätter, darunter 11 Tageszeitungen, 1950, nach Kriegsende also, 66 bzw. 6. Heute gibt es noch etwa 45 Zeitungen und 15 Zeitschriften, wenn man die schweizerischer und österreichischer Herkunft<sup>4)</sup> einrechnet, aber etwa deutsch-jüdische Blätter nicht dazu zählt. Die Verlage, Zeitungen und Zeitschriften des deutschen Anti-Hitler-Exils sind so gut wie völlig verschwunden.<sup>5)</sup>

Andere Publikationen, die für lange Zeit entweder zweisprachig aufgeteilt waren, wie etwa die „Germanic Review“ oder wie die „Solidarität“ der deutschen Arbeiter-Krankenkassen in getrennten englischen und deutschen Ausgaben erschienen, haben sich auf einsprachig englische Ausgaben zurückgezogen.<sup>6)</sup> Eines ist offensichtlich: nur ein kleiner Teil des Deutsch-Amerikanertums ist heute noch daran interessiert, durch Vermittlung täglicher, wöchentlicher oder monatlicher „eigenständiger“ Presseerzeugnisse, zusätzlich zu den in der Landessprache in Hülle und Fülle vorhandenen Informationen in Kontakt mit Ereignissen, Problemen und Sprache der alten Heimat zu bleiben. Das Deutsch-Amerikanertum läßt die deutschsprachige Presse im Stich.

#### *Deutsche Buchhandlungen*

Nun könnte man annehmen, daß auf Grund des ständig absinkenden Niveaus dieser deutschen Presse in den USA, die (in gewisser Hinsicht mit Ausnahme der „New-Yorker Staatszeitung und Herold“) nicht nur ein oft völlig verbalhorntes Deutsch schreibt, sondern auch inhaltlich größtenteils kaum noch als „Vermittler deutscher Kultur“ gelten kann, diejenigen, die in Ergänzung ihrer amerikanischen Kulturinteressen in geistiger Verbindung mit deutschen Dingen bleiben wollen, vielleicht sich auf das deutsche Buch zurückziehen. Das ist — bis auf wenige Ausnahmen — leider unrichtig.

Es gibt im Lande, vor allem da, wo eine nennenswerte Anzahl Deutscher lebt, eine ganze Reihe deutscher Buchhandlungen bzw. Läden, in denen deutsche Bücher verkauft werden. In New York allein gibt es etwa zehn Buchhändler, die nur deutsche Literatur führen. Sie alle könnten zumachen, wären sie auf deutsch-amerikanische Kundschaft angewiesen. Neben zahlenmäßig nicht sehr ins Gewicht fallenden Intellektuellenkreisen aus den Zirkeln der deutschen Emigration, die an Hand regelmäßig versandter Kataloge Spezialwerke für irgendeine Sonderfrage benötigen, sind es fast ausnahmslos Bibliotheken, Universitäten, Institutionen aller Art, die ihre „deutschen Abteilungen“ immer wieder auffüllen. Selbst die kleinen Volksbüchereien haben deutsche Werke. Der „private“ Deutsch-Amerikaner ist, wie Buchhändler und Redakteure der deutschen Zeitungen immer wieder bezeugen, kein Buchkäufer.<sup>7)</sup> In groteskem Gegensatz dazu standen die Erfahrungen der deutsch-amerikanischen Buchhandlungen mit deutschen Kriegsgefangenen. Als diese in den Lagern die Erlaubnis bekamen, sich Bücher zu bestellen, hatten die deutsch-amerikanischen Buchhandlungen ihre große Zeit. Die „Prisoners of War“ haben wie toll bestellt, und zwar alles: von Courths-Mahler bis zu den schwierigsten theologischen und philosophischen Büchern. Vor allem wurden Sprachbücher verlangt. Politische Bücher im engeren

4) DaB die Zeitschrift „Austria“ sich als „dn der österreichischen Sprache geschrieben“ vorstellt, sei als Kuriosum erwähnt.

5) Die New-Yorker „Neue Volkszeitung“, die auf eine lange Tradition innerhalb der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung zurückblicken konnte, dann maßgeblich von einem Kreis aus der deutschen sozialdemokratischen Emigration gestaltet wurde, teilte ihr Schicksal.

6) Es gibt natürlich zusätzlich ökonomische Gründe, die zu diesen Einschränkungen führen.

7) Soweit Deutsch-Amerikaner in Leihbüchereien deutsche Bücher entleihen, handelt -es sich fast ausnahmslos um Einwanderer der letzten fünf Jahre, d. h. noch nicht adaptierte, zumeist ältere Leute.

Sinne waren nicht gestattet. Übersichten, die zu dieser Zeit über die Art der verlangten Lektüre veröffentlicht wurden, zeigten ein erstaunlich hohes Durchschnittsniveau des Angeforderten. Selbst „Emigrantenliteratur“ wurde verschlungen. Nachdrucke aller Art, vom „Langenscheidt“ bis zum „Zupfgeigenhansl“, von Morgenstern bis Rilke haben damals auf Grund des für ungültig erklärten Copyrights für „feindliches Eigentum“ Auflagen erlebt, die mehr als ansehnlich waren. Alles tauchte in den Kriegsgefangenenlagern unter. Heute führen die deutschen Buchhandlungen in den USA wieder den gleichen verzweifelten Kampf um ihre Existenz, den die Zeitungen und Zeitschriften fast schon verloren haben.

#### *Deutsche Vereine*

Noch immer existieren in den USA Tausende deutscher Vereine. Bäcker- und Fleischerinnungen, Heimat-, Gesang-, Jodel- und Kriegervereine (mit dem deutschen „Eisernen Kreuz“ als Abzeichen), Freimaurer, „Hermannsöhne“, Turner, ehemalige Reutlinger, Plattdeutsche, Juden aus Württemberg; sie alle und Tausende anderer „Gruppen“ pflegen ihre eigene Geselligkeit. Ihre Ehrenpräsidenten, ihre Ersten, Zweiten und Dritten Vorsitzenden tragen besondere Ehrenabzeichen. Bei 25jähriger Mitgliedschaft gibt es Schärpen und einen speziellen Ehrungs-Bierabend. Bier, Sauerkraut, „deutscher Sang“ und „Gemütlichkeit“ werden überhaupt hochgehalten. Ein- oder zweimal in der Woche lebt man in der eigenen Welt, einer *Scheinwelt*, und dann kehrt man zurück in das „business life“, wie es der Alltag des „American Way“ einem vermittelt. Obwohl an Zahl beträchtlich, bilden all diese Vereine im Verhältnis zur Gesamtzahl des Deutsch-Amerikanertums noch immer nur einen verschwindenden Bruchteil des Bevölkerungsanteils deutscher Herkunft in den USA.<sup>8)</sup>

Politik ist im allgemeinen heute an den Vereinsabenden streng verpönt, was nicht verhindert, daß man gelegentlich einen Marx zitierenden „old timer“ oder einen Antisemiten trifft. Nur die „Volksdeutschen“ Gruppen haben seit Ende des zweiten Weltkrieges ernsthafte Anstrengungen gemacht, auch nach außen als Vertreter der „Heimatvertriebenen“ in Erscheinung zu treten. Alle halbe Jahre tauchen zwar in der deutsch-amerikanischen Öffentlichkeit völlig unbekannte „Massenorganisationen“ des Deutsch-Amerikanertums mit irgendwelchen Proklamationen auf. Bis auf die — bedauerlichen — Nebenerscheinungen, daß deutsche mehr oder minder rechtsradikale Blätter diese Verlautbarungen gelegentlich nachdrucken, kümmert sich mit Recht niemand um sie. *Sie sprechen für niemanden!* örtlich weiß man außerdem meist, daß es sich um einige aus ihren Schlupflöchern hervorkommende ehemalige Anhänger des nazistischen „Amerikadeutschen Volksbundes“ oder ähnlicher Zirkel handelt.

#### *Deutschamerikaner und Hitler*

Es gibt keine verantwortlich und legitim für das Deutsch-Amerikanertum sprechende politische Repräsentanz! Es hat eine solche seit dem ersten Weltkrieg nicht mehr gegeben, weder als „Pressure-Group“, wie noch in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in den beiden großen amerikanischen Parteien, noch als Sonderorganisation. Es gab sie auch zu Hitlers Zeit nicht. Der „Bund“, wie der amerikadeutsche Volksbund genannt wurde, hat zwar zeitweise in den Großstädten mit ein paar tausend nachgemachten SA-Leuten unter Hakenkreuzflaggen paradiert (Auslagen von nazistischen Abgesandten bezahlt), aber weder zahlen- noch einflußmäßig jemals eine Rolle im Gesamtorganismus der Deutschgeborenen oder von deutschen Eltern Stammenden gespielt.

<sup>8)</sup> Nach der letzten Zählung (1940) gibt es 5 239 000 in der ersten oder zweiten Generation in Deutschland geborene Amerikaner; die Gesamtzahl der Personen deutscher Herkunft dürfte fast das Dreifache betragen.

*Die Deutsch-Amerikaner waren ihrer Regierung gegenüber völlig loyal. Sie sind Amerikaner! Die deutsche „Vereinsgemütlichkeit“ ist sentimentale Rück Erinnerung an längst vergangene Zeiten. Ihr tägliches Leben hatte und hat damit kaum etwas zu tun. Es ist kein Zufall, daß der einzige Fall der „Spionage“ bzw. „Zusammenarbeit mit dem Feind“ in der Rückführung einiger Deserteure per U-Boot von drüben her bestand. Der durchschnittliche Deutsch-Amerikaner tat in Armee und Kriegswirtschaft seine Pflicht wie jeder andere — auch gegen Deutschland. Nicht etwa, weil er — bis auf kleine Kreise — „grundsätzlich“ gegen Hitler und den Nationalsozialismus eingestellt war. Die europäischen Probleme (zum Unterschied vom „deutschen Lied“) berührten ihn kaum noch. Er war (wieder bis auf Ausnahmen) auch völlig unempfänglich für die mehr als einmal vom deutschen Exil gemachten Versuche, ihn aktiv in eine Anti-Hitlerbewegung einzuordnen. Die deutsche Emigrantenliteratur hat kaum je Eingang in die deutsch-amerikanischen Verbände gefunden. Den Exilierten mißtraute man. Die Restbestände der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung — die eine Brücke hätten darstellen können — hatten jeden Einfluß verloren. Exil und alte deutsche Einwanderung lebten für ein Jahrzehnt fast ohne Kontakt nebeneinander her.*

#### *Zusammenfassung*

Es gibt — um es mit einem Satz zu sagen — im heutigen Deutsch-Amerikanertum kein einheitliches politisches Bewußtsein — soweit es Entscheidungen anlangt, deren Gewicht und Anlaß außerhalb des *amerikanischen Alltags* liegen. Hier ist wirklich die Angleichung an die Welt der neuen amerikanischen Demokratie vollzogen und damit das Primat der Innenpolitik über jede Form von außeramerikanischen Interessen durchgesetzt: Man wirkt als „politischer Mensch“, so minimal es immer auch sei, in der örtlichen Gemeinschaft, der Stadtgemeinde, Dorfgemeinde, Staatsgemeinde. Hier beteiligt sich auch der Deutsch-Amerikaner, als Einzelner, allerhöchstens nach Verabredung mit Nachbarn oder Skatbrüdern, aber nicht als Angehöriger irgendeiner „deutsch-amerikanischen Gruppe“ an der Tagespolitik.

Das Deutsch-Amerikanertum war gestern eine Kraft in der Geschichte der USA. Aus Mangel an kulturellem Beharrungsvermögen und politischer Führerschaft fast völlig auf die private Existenz zurückgeworfen, sind heute die Einzelnen in seinem Umkreis — sehr viel später als die Einwanderung fast aller anderer Immigrationen — ein fruchtbares Reservoir neuer amerikanischer Alltagswirklichkeit. Sie sind nicht mehr Träger eines trotzigem Sonderwillens und auch kaum noch Wortführer allgemeiner militantschöpferischer Sonderinitiative, wie sie die Achtundvierziger dem Lande zur Verfügung stellten. Hier liegt kaum eine „Schuld“ vor. Die Desintegrierung war vermutlich geschichtlich unvermeidbar und — vielleicht notwendig.

So sehr die heutige deutsch-amerikanische Realität auf den ersten Blick im Auge des Betrachters so vielleicht an Gewicht verliert, weil sie im wesentlichen weder als deutsche Kulturbrücke gewertet werden kann noch als politische Eigenkraft, die deutsche freiheitliche Ideen im Sinne von Carl Schurz weiterführt, *eins* muß mit Nachdruck zum Schluß, eines so kursorischen Berichts noch angemerkt werden: Im Rahmen der amerikanischen *Hilistätigkeit*, die in den USA nach dem zweiten Weltkrieg neben all den rachefordernden Memoranden entstand, war der *deutsch-amerikanische Beitrag beträchtlich und bewegend*.

Der Deutsch-Amerikaner mag seine Presse im Stich lassen, mag wenig deutsche Bücher lesen: Nicht vergessen hat er die Angehörigen und Freunde in der alten Heimat, als Deutschland an dem Folgen des Krieges am Boden lag!

## WELTPROBLEME IM SPIEGEL DER ZEITSCHRIFT

### **Eine neue Aufgabe**

Viele Zeitschriften haben in den letzten zweihundert Jahren auf den Gebieten der Politik, Religion, Literatur, Geschichte, Kunst, Naturwissenschaft epochebildend gewirkt. Ihre Wirkung war immer groß, wenn sie etwas brachten, was andere nicht bringen konnten, weil es neu, umstritten, weil es noch lange nicht zeitungsfähig war. Am Besitz solcher Zeitschriften erkennt man nachher die geistige Dynamik eines Volkes, an ihren Themen den Stand der Dinge in einer bestimmten Zeit. Zeitschriften stellen also echte Kulturaufgaben, und je mehr man von ihnen erfährt, um so reicher wird unsere Bildung. Aus Zeitschriften lernt man nicht mehr, aber anderes als aus Büchern.

Aber da keine Zeitschrift ihr eigenes Gebiet erschöpfen kann, blickt auch jede gern über den Zaun des Nachbarn. Und was man dort sieht, berichtet man den eigenen Lesern, daher sind Zeitschriftenberichte und -diskussionen seit langem ein Bestandteil der lebendigen Zeitschrift.

Zeitschriftenberichte sollen aber mehr als „Berichte“ sein. Sie sind die Bühne, auf der Gespräche von Zeitschrift zu Zeitschrift in aller Freiheit stattfinden können. Daher ist der Zeitschriftenreferent ungebundener als der Verfasser von Beiträgen, der von sich spricht und nicht vorwiegend von anderen zu anderen. Der Leser erfährt bei diesem Anlaß vieles, was in Form eines eigenen, Artikels nicht recht in den Hauptteil hineinpaßt und doch zum Ganzen gehört. Die Grenzen erweitern, die Thematik der Zeitschrift elastisch dehnen, macht den Wert der Zeitschriftenschau. In dieser ungenierteren Ecke kann auch manches gesagt sein, was im Hauptteil zu Bedenken Anlaß gäbe. Und da wir hier zwischen Zeitschriften diskutieren, besteht auch kein Grund, den Leser von den Gesprächen auszuschließen.

Die Themen der heutigen Zeitschrift werden durch die Weltlage bedingt. Welt: das heißt heute wirklich alles. Die echten und die unechten, die materiellen und die vorgeblich ideologischen Gegensätze von Völkern und Klassen beherrschen das Ohr des Hörers, das Gesicht des Lesers. Eine mächtige Beunruhigung stiftet an allen Orten der Welt neue Probleme und neue Besinnungen. Das zwingt die Zeitschrift zur Auseinandersetzung mit der überkommenen Geschichte zur besseren Erfassung der Gegenwart. Nur wer auf die Höhe der Zeit hinstrebt, hinblickt, ist den eigenen Aufgaben, auch im engeren Wirkungskreis, gewachsen.

### **Die unblutige Revolution**

Die Ablösung der Labour Party durch die Konservativen zeichnet in England und in der Geschichte des Sozialismus mehr als einen Regierungswechsel. Ein Gedanke hat eine Phase der Realisierung durchlaufen und fand sich an einem Kreuzweg. Die Bevan-Opposition war der parteimäßige Ausdruck für das unverkennbare Bedürfnis nach einer Atempause und einer neuen geistigen Durcharbeitung der gesamten Probleme, die ein ökonomischer Strukturwechsel in England, in einer Periode der Aufrüstung und des gestörten Welthandelsgefälles, der Labour Party stellt. Um so interessanter sind drei parteimäßig gegensätzliche Studien über die Ergebnisse der Labourregierung, die Analyse ihrer Leistungen, die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Die sozialistische Studie stammt von *François Sellier* und steht im *Labour-Sonderheft* von *Esprit* (Nr. 3); die bolschewistische Gegenkritik stammt von *Charles Bettelheim*, dem Direktor der Ecole Pratique des Hautes Etudes, und findet sich in der Zeitschrift seiner Partei *Cahiers Internationaux* (32, 34). Unter dem Titel „Die unblutige Revolution“ stellt der liberale Publizist I. H. *Huizinga* in der April- und Mainnummer des *Fortnightly* (1024, 1025) die Politik der ökonomischen Nivellierung in den Rahmen der britischen Gesamtentwicklung, die seit Beginn des Jahrhunderts in diese Richtung getrieben wurde, so daß die Steuerpolitik von Sir Stafford Cripps eigentlich nur vollendete, was lange vorher angefangen hatte.

Was der bürgerliche Autor eine unblutige Revolution nennt, wurde, wie *François Selliers* Aufsatz zu entnehmen ist, in England zuerst die „vorsichtige“ (prudent) oder auch, so von *Max K. Adler* in *The Political Quarterly*, die schweigsame (silent) Revolution genannt. Jetzt spricht *G. H. Cole* von der tiefen Enttäuschung der letzten Jahre und dem Bedürfnis der Arbeiterbewegung, den Sozialismus neu zu interpretieren. Eine Paradoxie von Erfolg und Desillusionierung scheint im Augenblick charakteristisch für die Stimmung denkender Kreise zu sein. Darf man daraus schließen, daß der eigentliche, sichtbarste Teil der Revolution, die Nivellierung der Einkommen und der Lebenslage, einer sozialistischen Politik allein nicht Genüge leistet?

Die Politik der gleichmäßigeren Verteilung des nationalen Einkommens wird allerdings nicht einheitlich beurteilt. Und selbst wenn man dem bolschewistischen Kritiker Bettelheim, der in Fragen der Statistik eine französische Autorität ist, Objektivität absprechen möchte, scheint es doch, daß die Enttäuschung, von der ein Cole spricht, auch durch die Unbestimmtheit der Errungenschaften zu erklären sei. Das schließt nicht aus, daß die Arbeiterschaft erhebliche Gewinne zu verzeichnen hat. Nach Sellier stieg von 1938 bis 1950 die Kaufkraft der Lohnempfänger um 28 vH., die der Angestellten und Beamten um 8 vH., während die Bezieher von Kapitalgewinn 20 vH. an Kaufkraft verloren. Von 1948 bis 1950 haben die Lohnbezieher nach Abrechnung aller direkten Steuern 47 vH. des Nationaleinkommens erhalten, gegen 39,5 vH. im Jahre 1938. In diesem Prozentsatz sind die empfangenen sozialen Leistungen nicht mit enthalten. Der Unsicherheitsfaktor ist dank der von dem liberalen Lord Beveridge eingeleiteten Planung sozialer Sicherheit beträchtlich gesunken. Und doch ist die Verteilung des Sozialprodukts nicht auf Kosten der Produktion erfolgt. Leider mißt Sellier dieser Frage, die schließlich die Hauptfrage ist, in diesem Artikel nicht genügende Bedeutung bei, so daß er die für den Wert des Experiments weit wichtigeren Produktionsziffern nicht nennt. Dabei findet gerade in der Labour Party die Produktionspolitik eine starke Kritik, wie das Wort von Cole bezeugt: „Die Nationalisierung war ein Traum; die Wirklichkeit hat enttäuscht.“ Warum, das hat das Ehepaar Cole im Auftrag der Fabian Society in seinen Büchern „National Coals Board“ und „Miners and the Board“ gründlich untersucht. Die Verstaatlichung hat den Arbeitern kein größeres Mitwirkungsrecht in der Produktion gebracht. Die an sich sehr interessante und von besten Absichten geleitete Darstellung Selliers hätte die Gründe der Enttäuschung eingehender behandeln sollen. Sie entstammen einem Zuviel an Verstaatlichung und Zuwenig an demokratischer Sozialisierung.

Die Darstellung Bettelheims liefert Produktionszahlen, die das Werk der Labour Party loben. Die Industrieproduktion ist im Vergleich zu 1937 um 30 vH., zu 1938 um 40 vH. gestiegen. Die Steigerung übertrifft die Ergebnisse von Westeuropa, bleibt hinter Skandinavien — das günstigere Produktionsbedingungen hat — aber zurück, sie betrug in Schweden 62 vH. und in Norwegen 39 vH. Seit 1948 ist aber der Steigerungsrhythmus gefallen. Der Haupteinwand Bettelheims bezieht sich auf die Akkumulation des Kapitals. Die gesetzliche Einschränkung des Profits hat zu einer starken Selbstfinanzierung geführt, das heißt zu einer Stärkung auch des kapitalistischen Sektors — denn nur Fanatismus kann die Stärkung des Arbeitnehmer-Sektors bestreiten. Daß diese kapitalistische Stärkung nicht einfach im Sinne der von Bettelheim zitierten Sätze aus Lohnarbeit und Kapital von Marx auch verstärkte Ausbeutung bedeutet, beweist die gleichzeitige Entwicklung der Wegsteuerung der hohen Einkommen und die soziale Sicherung der Arbeitnehmer.

Die Geschichte der britischen Nivellierung stellt Huizinga in *The Fortnightly* mit einem Ziffernmateriale dar, das ein halbes Jahrhundert des Abstiegs Englands vom „Despoten des Weltmarkts“ zu einem Nationalstaat bezeichnet, der nur durch Vollentwicklung des *Commonwealth* eine wohltätige Wirkung in der Entwicklung des *Weltgleichgewichts* im 20. Jahrhundert ausüben kann und soll. Die Zahlen machen großen Eindruck, und es wäre wünschenswert, daß diese Arbeit, die geistig aufschlußreich ist, auch in Deutschland erschiene. Das Resultat ist: die Gentry und die aus ihrem Besitz und ihrer Bildung entstammende britische Elite ist im Schwinden begriffen. England war das Land der größten sozialen Gegensätze, und es ist drollig genug, jetzt zu hören, daß es eigentlich nie eine Demokratie war. Das bezeugen aber übereinstimmend Zitate von Hilaire Belloc, dem katholischen Philosophen, Historiker und Romancier; von Harold Laski; von J. B. Priestley. Heute verdient eine sehr kleine Schicht der reichen Leute ungefähr 12- bis 15mal soviel wie ein Bergarbeiter. 1900 war diese Schicht sehr groß und verdiente 1500- bis 2000mal mehr als damals der Bergarbeiter. Der Bankier verdiente 1900 die 340fache Kaufkraft des Bergarbeiters; heute die neunfache. Und wie ist gar die Differenz zwischen Bergarbeitern und höheren Beamten, Richtern, Feldmarschällen, Museumsdirektoren geschwunden! Nicht nur, daß den Reichen heute in Ziffern nur ein winziger Bruchteil des früheren Vermögens nach der Versteuerung übrig bleibt, dieser Betrag hat auch nur noch einen Bruchteil der früheren Kaufkraft. Was diese Ziffern für die Wandlung der ökonomischen Gesamtstruktur bedeuten, ist unabweisbar; auf jeden Fall zwingen diese Tatsachen, auch eine konservative Regierung zu einer wachsenden Einflußnahme auf die Privatwirtschaft, deren Krisencharakter die wirtschaftliche Macht des Staates unfreiwillig verstärkt.

Noch bedeutender und wirklich unabsehbar sind aber die geistig-kulturellen Folgen dieser Entwicklung, die nicht von der Labour Party geschaffen wurde, sondern

die Nation zur guten Hälfte der Labour Party zugeführt hat. England war bisher das historische Werk einer konservativen Elite. Sie hat mit demokratischen Methoden das Land geleitet. Die britischen Zusammenbrüche und gewaltigen politischen Fehlleistungen sind aber auch die Schuld dieser Elite. Wird nun aus den Besten der alten Elite und aus den neuen Lebensbedingungen eine neue sozialistisch-gewerkschaftliche, mittelständische Elite entstehen? Das sind Fragen von größter Bedeutung, die keine Statistik beantworten kann und für die keine pseudo-marxistischen Schlagworte bereitstehen, da das Prinzip der Elitenherrschaft in Gesellschaft, Parteien, Korporationen, Staaten Marx noch unbekannt war. Es für England gestellt zu haben, wo es reiner als in jedem anderen Lande ausgebildet wurde, ist ein Verdienst dieser beiden Aufsätze. (Am Rande sei nur bemerkt, daß der bolschewistische Staat so wie der faschistische als Elitenstaat konstruiert ist.)

**Religiöse Naturwissenschaft** Die Revolution der heutigen Welt findet gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen statt: politisch-ökonomisch durch den Übergang von einstmaligen souveränen Nationalstaaten zu Wirtschafts-imperien; politisch-moralisch im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der sogenannten farbigen Völker; religiös-geistig durch die Entnationalisierung der Naturwissenschaft. Sie, die einst Gott voreilig aus der Welt hinausdisputierte, hat in diesem Jahrhundert Entdeckungen gemacht, die sie zwingen, Gott zu erfinden, wenn er nicht existieren würde. Besonders die großen katholischen Zeitschriften — die übrigen heute in vielen Ländern an Fülle und Differenziertheit der Thematik an erster Stelle stehen — befassen sich mit diesen neuen Ergebnissen. Im letzten Heft von *Civitas* (8), der Schweizer Monatsschrift der katholischen Studentenschaft, gibt Professor *Theodor Buche* eine lesenswerte Zusammenfassung der Ergebnisse, die zu diesem Wandel führten. Die ältere Wissenschaft hatte die Welt auf strenge Gesetzmäßigkeit aufgebaut, in der es keinen Platz für Wunder, Willensfreiheit und dauernde Erhaltung der Welt durch Gott mehr gab. Heute sind die Naturgesetze nur noch bedingt richtig, sie fixieren statistisch gewisse Wahrscheinlichkeiten. Die Natur wird immer weniger erkennbar. Ein großer Forscher sagte, die moderne Naturwissenschaft errichtet ihr Lehrgebäude in einem Sumpf, indem sie gleichzeitig nach unten baut und nach oben. Man knäuelnd die Welt nicht von einem Ende her auf, sondern erwischt irgendwo einen Faden und rollt ihn zurück, ohne zu wissen, wohin er leiten wird. Dabei ergibt sich nun folgendes:

Die neue Physik kann die Willensfreiheit nicht beweisen, aber auch nicht mehr bestreiten. Das Wunder, das heißt das unmittelbare Eingreifen einer unerfaßbaren Macht in die Weltordnung, wie wir sie zu sehen vermeinen, ist wissenschaftlich nicht mehr ausgeschlossen. Gott könnte auch aus naturwissenschaftlichen Unwahrscheinlichkeiten ein sinnvolles Ganze fügen. Das Übernatürliche kann durch besondere Ereignisse in unsere Sicht einbezogen werden. Und wenn dieses Übernatürliche aufleuchtet, wirkt es nicht zerstörend und verwirrend, sondern erhellend in unsere Welt hinein.

Eine Reihe namhafter Naturwissenschaftler erkennt das Göttliche in der von ihnen erforschten Welt. So ist für Weizsäcker das Naturgesetz kein Konkurrent, sondern ein Fingerzeig Gottes. Für James Jeans ist das Weltall keine große Maschinerie mehr, sondern ein großer Gedanke. Man kann einen Geist ahnen, in dem die Atome als Gedanken existieren. Die Materie wird als Offenbarung des Geistes erfaßt. Bemerkenswert ist der Gottes- und Christusglaube moderner Forscher wie Max Planck u. v. a. In der Religion steht der Gottesgedanke am Anfang, in der modernen Naturwissenschaft am Ende alles Denkens. Ist das nicht eine geistige Weltrevolution, die alle anderen überbietet?

Kurse Chronik Ein deutscher Emigrant, Dr. Alfred Wiener, hat in London unter dem Namen *The Wiener Library* eine Bibliothek gegründet, die auf Literatur des Faschismus, Nazismus, Antisemitismus, der Rassenverfolgungen und demokratischer Gegenkräfte spezialisiert ist. Das von ihr herausgegebene *Bulletin* enthält immer interessantes Material über dieses Forschungs- und Kampfgebiet. — In Paris gibt der jugoslawische Pressedienst die Zeitschrift *Questions Actuelles du Socialisme* heraus. Die bisher erschienenen zehn umfangreichen Hefte enthalten sachliches und theoretisches Material über die Entwicklung des jugoslawischen revisionistischen Bolschewismus zum Sozialismus. — Die schweizerische Monatsschrift *Werk*, (Winterthur) bringt allmonatlich ausgezeichnete Beiträge über modernes Bauen und kunstgewerbliches Schaffen. Auch Einfamilienhäuser, Siedlungen, Fabrik- und Arbeitererholungsräume sind hier wiederholt im Bild gezeigt und behandelt worden. Wir kommen auf Bau- und Stadtprobleme noch zurück.

Felix Stössinger